

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Negativzinsen – auch auf Bargeld!



Geld muss fließen – Interview Alternative Bank Schweiz
Zeitgemäße Grundsteuer gegen Immobilienblasen
Land – in wessen Hand?

Liebe Leserinnen und Leser,

Geht unser Bargeld den Bach runter – wie man bei einem Blick auf unser Titelbild meinen könnte? Immerhin will die schwedische Notenbank, die vor über 350 Jahren bereits beim Papiergeld und 2009 bei den Negativzinsen Vorreiterin war, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine E-Krona entwickeln. In Schweden ist die Bargeldnutzung aufgrund des technologischen Wandels in nur fünf Jahren um 40 Prozent zurückgegangen. Mit einer eigenen digitalen Währung will die Schwedische Reichsbank den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin Zugang zu Zentralbankgeld gewähren, denn das bekamen sie bislang nur in Form von Scheinen und Münzen. Bankguthaben sind dagegen kein Zentralbankgeld, sondern nur ein Anspruch darauf – und daher von der Stabilität der Geschäftsbanken abhängig.

Dass es damit nicht zum Besten steht, hat sich inzwischen herumgesprochen. Daher setzen immer mehr Anleger auf Grund und Boden als »solide« Geldanlage – was auf der anderen Seite zu Landgrabbing und steigenden Hauspreisen und Mieten führt. Hier ist die Politik gefordert, die diesbezüglich noch immer zu schlafen scheint.

Die Entwicklung beim Geld schreitet dagegen rasant voran. Neben dem Schutz der Privatsphäre und bei Stromausfällen, muss dabei unbedingt die Umlaufsicherung des Geldes im Mittelpunkt stehen – damit sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Erfreulich ist, dass nach einer Umfrage unter führenden Ökonomen und Notenbankern mittlerweile gut jeder zweite Ökonom Negativzinsen auch in Zukunft für ein geeignetes Instrument hält (NBER Working Paper Okt. 2016). Wer hätte das noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten? Damit auch noch die andere Hälfte überzeugt wird und man die zentrale Rolle

des Bargelds dabei allgemein erkennt, muss jedoch klar zwischen der Geldmengenausweitung durch Quantitative Easing und den Negativzinsen unterschieden werden: Negativzinsen bedeuten nicht Geldmengenausweitung, sondern bewirken eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes – zumindest wenn sie effektiv (also unter Einbeziehung des Bargelds) eingesetzt werden.

Negativzinsen kehren die Zinsströme um und ermöglichen Deleveraging (Schuldenabbau). Denn die Kreditzinsen dürften ruhig noch weiter sinken, um endlich mehr Entschuldung zu ermöglichen. Das ist insbesondere dort wichtig, wo Überschuldung zu einer erdrückenden Zinsbelastung geführt hat und wo sonst Kreditausfälle durch faule Kredite drohen. Das Deleveraging sollte nicht abrupt geschehen – aber es *sollte* geschehen. Negativzinsen sind das Mittel der Wahl.

Unser Titelbild steht also für fließendes Geld unter Einbeziehung des Bargelds.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen schöne Feiertage und ... dass ab dem nächsten Jahr alles besser fließen möge!



Beate Bockting

Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Inhalt

- 3 Ankündigung 59. Mündener Gespräche
- 4 Geld muss fließen! – Interview Alternative Bank Schweiz
- 6 Felix Fuders: Negativzinsen – aber richtig!
- 12 Klaus Willemsen: (Boden-)Reichtum ist tabu
- 13 Beate Bockting: Vermögen steigen dank Immobilienboom
- 14 Dirk Lohr: Eine zeitgemäße Grundsteuer würde Immobilienblasen verhindern
- 16 Beate Bockting: Land – in wessen Hand?
- 17 Alwine Schreiber-Martens: Ökologisch, sozial und nachhaltig – zwei Berichte
- 20 INWO Schweiz
- 21 INWO Deutschland
- 22 Mitgliedsantrag INWO-D
- 23 Buchvorstellung: Kenneth S. Rogoff

Impressum

FAIRCONOMY 12. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2016, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: © Alessandro Bianco / 123rf.com; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 6: © Rainer Sturm / pixelio.de; 8: © Deutsche Bundesbank; 9: © Europäische Zentralbank; 11: © Andreas Morlok / pixelio.de; 12 Foto: © Thorben Wengert / pixelio.de; 13: © TIM Caspary / pixelio.de; 14: © Günther Gumhold / pixelio.de; 18: © clipdealer.com; 21 oben links: © kirchentag.de; 23: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 24: ORANGEMINE / pixelio.de

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland: INWO e.V., Wallstr. 97, 50321 Brühl, Telefon: +49 2232 156368, E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:

INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90, E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Vollgeld – seine Möglichkeiten und Grenzen



Am 11./12. März 2017 werden die 59. Mündener Gespräche in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal stattfinden. Diesmal steht das Thema Vollgeld auf dem Programm.

Auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 reagierten die beiden US-Ökonomen Irving Fisher und Henry Simons mit dem Vorschlag eines »100%-Money«. Durch die Notwendigkeit, Giroguthaben zu 100 % mit Zentralbankgeld zu unterlegen, sollte den Geschäftsbanken die Möglichkeit genommen werden, »Giralgeld« auf dem Kreditwege selbst zu schöpfen. Denn in dieser Möglichkeit sahen Fisher und Simons den entscheidenden Treibsatz für die damalige Krise. Zur Versorgung der Wirtschaft mit Geld sollten allein die Zentralbanken berechtigt und natürlich auch verpflichtet sein.

Diesen Vorschlag baute der Soziologe Joseph Huber 1998 in abgewandelter Form zum Konzept eines »Vollgeldes« aus. Seit einigen Jahren wird er dabei von der Organisation »Monetative e.V.« unterstützt, die es

sich zur Aufgabe gemacht hat, sein Konzept weiterzuentwickeln und in die wissenschaftliche Diskussion einzubringen, um so zur Überwindung der seit 2008 anhaltenden zweiten großen internationalen Finanz- und Staatsschuldenkrise beizutragen. Eine Vollgeld-Initiative in der Schweiz hat über 100.000 Unterschriften gesammelt, die dort erforderlich sind, um eine Volksabstimmung über die Einführung von Vollgeld herbeizuführen. Auch auf Island gibt es gleichgerichtete Bestrebungen.

Die Diskussion über die Notwendigkeit einer Geldreform wird mittlerweile sehr stark vom Vollgeld-Konzept bestimmt. Daneben gibt es auch noch den von Silvio Gesell begründeten Geldreformansatz des Freigeldes, der durch die neuere Negativzinsentwicklung und die Diskussionen über die Zukunft des Bargeldes wieder an Aktualität gewonnen hat. Ei-

ne Synthese beider Geldreformkonzepte könnte eine angemessene Antwort auf die aktuellen Krisenentwicklungen sein.

Aus der Perspektive des Freigeldes gibt es noch Fragen an die Verfechter des Vollgeldes, über die bei dieser Tagung ergebnisoffen diskutiert werden soll. In den Blick genommen werden sollen auch kritische Vorbehalte, die von keynesianisch orientierten Ökonomen gegen das Vollgeld erhoben werden.

Und schließlich wollen wir die Frage stellen, ob sog. Kryptowährungen und Online-Bezahlungssysteme wie Bitcoin, Paypal & Co. ganz neue Möglichkeiten einer Entgrenzung der Geldschöpfung eröffnen und was ihre Ausbreitung sowohl für das Vollgeld als auch für das Freigeld bedeutet. Gleichzeitig soll diskutiert werden, ob virtuelle Währungen eine Vollgeld- und/oder Freigeld-Alternative darstellen können.

Das Programm

Samstag, 11. März 2017

- 9.15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**, Dipl.-Volksw. Ass. jur. Jörg Gude
- 9.30 Uhr **Theoretische, politische und praktische Aspekte einer Vollgeldreform**, Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
- 10.45 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr **Kritische Analyse des Vollgeldes aus (monetär) keynesianischer Perspektive**, Dipl.-Kfm. und Dipl.-Volksw. Ferdinand Wenzlaff, Hamburg
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Welche Rolle spielt die Bodenordnung im Vollgeldkonzept?** Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **Vollgeld + Freigeld = doppelte Geldreform** Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

18.00 Uhr Abendpause

20.00 Uhr **Buchvorstellung »Ökoroutine«**, Dr. Michael Kopatz, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie

Sonntag, 12. März 2017

- 9.15 Uhr **Bitcoin, Paypal & Co. – Entgrenzung der Geldschöpfung oder Möglichkeit für ein alternatives Vollgeld-/Freigeld-System?** Dr. Beate Sauer, Universität der Bundeswehr München
- 10.15 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12.30 Uhr Ende der Tagung

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html



Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

Die Alternative Bank Schweiz führte Anfang 2016 Negativzinsen auf den Girokonten ein – und zwar ohne Freigrenze. Dieser mutige Schritt war ein richtiger Schritt in Richtung Umlaufsicherung des Geldes. Welche Erfahrungen die ABS damit gemacht hat, erläutert ihr Vorsitzender Martin Rohner im Interview.

1. Der Medienrummel war riesig, als die ABS im Herbst 2015 ankündigte, ab 2016 Negativzinsen auf den Alltagskonten zu erheben, und zwar ab dem ersten Franken. Haben Sie den Schritt bereut?

Nein, wir finden den Schritt nach wie vor richtig. Die Weitergabe der Negativzinsen ist transparent und verursachergerecht. Wir finden das deshalb fairer als flächendeckend Gebühren zu erhöhen, von denen alle Kundinnen und Kunden unabhängig von ihrem Vermögensstand betroffen sind.

2. Haben Kunden gekündigt und ihr Geld abgezogen?

Zum Zeitpunkt als wir die Einführung der Negativzinsen kommuniziert haben, haben einige Hundert Kunden, die sehr preissensitiv waren, ihre Konten saldiert. Aufgrund der hohen Medienresonanz haben wir aber netto mehr Kundinnen und Kunden gewonnen. Die Kundengelder haben im ersten Halbjahr 2016 leicht abgenommen, zum Jahresende hin erwarten wir, dass die Kundengelder wieder leicht zunehmen. Die gesamten Assets unter Management (verwaltete Vermögen) haben aber stets zugenommen. Viele Kundinnen und Kunden legen nämlich ihre Gelder nun mit unserer Anlageberatung an.

3. Manche Kunden haben also stattdessen von ihrem Geld ABS-Aktien gekauft?

Ja, sie haben ABS-Aktien gekauft oder dann auch ihre Gelder mit der Unterstützung unserer Anlageberatung investiert.

4. Konnte deswegen das Kreditvolumen im ersten Halbjahr 2016 weiter ausgedehnt werden?

Das Kreditvolumen ist 2016 stark angestiegen. Das hängt aber nicht mit den Negativzinsen zusammen, sondern vielmehr damit, dass wir in den vergangenen zwei Jahren grössere Finanzierungen im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus bewilligt haben. Diese gelangen nun zur Auszahlung. Wir sind sehr zufrieden mit der Entwicklung unserer Ausleihungen.

Das Kreditvolumen ist auch in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, jeweils um rund



Martin Rohner, Vorsitzender der ABS-Geschäftsleitung, bereut die Weitergabe der Negativzinsen an Privatkunden nicht.

5 bis 8 Prozent, und war somit stets über dem Marktdurchschnitt. Es konnte nur einfach nicht mit dem raschen Wachstum der Kundengelder Schritt halten. 2015 betrug das Wachstum bei den Krediten 6%, Haupttreiber für das Wachstum waren genossenschaftliche Wohnbauprojekte, z.B. das Ecoquartier Jonction in Genf.¹

»Die Weitergabe der Negativzinsen ist transparent und verursachergerecht.«

5. Warum sind langfristig angelegte Gelder für die ABS vorteilhafter?

Die ABS refinanziert sich ausschliesslich über Kundengelder. Gelder auf den Zahlungskonten, z.B. einem Lohnkonto, müssen wir jedoch für die Einlegerinnen und Einleger kurzfristig (auf Sicht) zur Verfügung halten. Wir können deshalb nur einen kleinen Teil

der Gelder für die Kreditvergabe verwenden. Wollen wir sinnvolle Projekte finanzieren, müssen wir eine gewisse Sicherheit haben, dass uns die Kundengelder auch mehrere Jahre zur Verfügung stehen. Die Finanzierung einer Solaranlage z.B. wird i.d.R. über 15 Jahre amortisiert.

6. Die ABS hat es geschafft, ihren Einlagenüberhang zu verringern. Ganz einfach ist es aber offenbar dennoch nicht, Kreditnehmer zu finden, die die betriebswirtschaftlichen und qualitativen Kriterien der ABS erfüllen. Sonst gäbe es ja den Einlagenüberhang nicht. Woran hakt es?

Einerseits wollen und können wir keine unnötigen Risiken eingehen und prüfen deshalb Projekte sehr genau. Andererseits ist der Wettbewerbsdruck in den letzten Jahren aufgrund des Tiefzinsumfelds massiv gestiegen.

7. Wie wollen Sie auch weiterhin sicherstellen, dass Sie genügend Kreditnehmer finden, die einen sozialen und ökologischen Mehrwert durch die Ausleihungen der ABS sicherstellen?

Wir verfügen heute in bestimmten Bereichen über eine sehr hohe Sachkompetenz, etwa in der Finanzierung der neuen erneuerbaren Energien, des gemeinnützigen Wohnungsbaus und der biologischen Landwirtschaft. Wir müssen in diesen Bereichen unsere Produkte noch gezielter auf die Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden ausrichten und unsere Netzwerke weiter ausbauen. Gleichzeitig müssen wir uns überlegen, ob es noch Märkte gibt, die wir übersehen haben, und in denen wir ebenfalls im Sinne unseres Auftrags eine grosse Wirkung entfalten könnten.

8. Früher gab es bei der ABS Förderkredite zu besonders günstigen Konditionen, mit denen soziale oder ökologische Projekte gefördert wurden. Heute sind die Kreditzinsen insgesamt so niedrig, dass sie von Ihnen kaum noch unterboten werden können – es sei denn, Sie gingen in den negativen Bereich. Wäre das bei der herrschenden Kapitalfülle nicht eigentlich marktgerecht?

Nein, denn die Kosten eines Kredits hängen ja nicht nur von den Refinanzierungskosten ab, sondern zusätzlich von vielen anderen Aspekten. Etwa den Transaktionskosten, dem Personal- und Sachaufwand oder den Risikokosten.

9. Glauben Sie, dass die Schweizerische Nationalbank ihre Leitzinsen noch weiter senken könnte als die jetzigen -0,75 %?

Udenkbar ist ein Szenario, bei dem die SNB die Zinsen weiter senken muss, nicht. Schliesslich steht der Schweizer Franken zurzeit wieder unter einem grossen Aufwertungsdruck. Vorerst gehen wir aber davon aus, dass sie die Zinsen bei -0,75% hält.



10. In Deutschland hat nach der Skatbank im September dieses Jahres auch die Raiba Gmund am Tegernsee Nega-



tivzinsen auf täglich fällige Guthaben eingeführt. Allerdings erst ab einem Betrag von 100.000 Euro – und nicht wie bei der ABS ab dem ersten Rappen. Denken Sie, dass das Beispiel weiter Schule machen wird oder werden einfach alle Banken weiterhin ihre Gebühren erhöhen?

Dazu können wir nichts sagen. Es ist sicher so, dass sich alle Banken intensiv Gedanken dazu machen. Je grösser das Institut, umso exponierter. Das hat man in der Schweiz bei der Postfinance gesehen, die kürzlich Negativzinsen für Vermögen über 1 Million eingeführt hat, die Reaktionen waren entsprechend. Mark Branson, der Chef der Schweizer Finanzmarktaufsicht (FINMA) hat sich dahingehend geäussert, dass das Finanzsystem

instabil würde, wenn die Banken Negativzinsen weitergäben.² Im Gegensatz zur FINMA würde sich die SNB jedoch wünschen, dass die Zinsen an den Markt weitergegeben werden, da sonst der Mechanismus nicht funktioniert.

Die Angst, dass Kunden Gelder abziehen (und gegebenenfalls Bargeld horten, wenn das nicht unattraktiv gemacht wird) ist sicher berechtigt. Das hängt aber auch davon ab, wie die Beziehung zwischen Bank und Kunde aussieht. Basiert das Verhältnis auf Vertrauen? Ist es partner-

schaftlich? Bietet die Bank Alternativen, zum Beispiel in Form von direkten Investments oder anderen bedürfnisgerechten Anlagemöglichkeiten? Die Bank, die diese Fragen mit einem ehrlichen »Ja« beantworten kann, braucht sich vor Negativzinsen nicht zu fürchten.

Zudem: Ob Bankkunden beginnen, Geld zu horten, hängt auch davon ab, wie hoch der Negativzins ist. Bei der ABS beträgt dieser -0,125% auf dem Alltagskonto. Wer 10'000.- Franken auf dem Konto hat, zahlt folglich rund 12 Franken pro Jahr. Das fällt wohl weniger ins Gewicht, als die Kosten für Sicherheitsvorkehrungen, wenn das Geld zuhause »parkiert« wird.

11. Es heisst, dass im deutschen Volksbankenverbund Negativzinsen technisch noch nicht flächendeckend realisiert werden könnten. Die ABS hatte keine technischen Probleme?

Nein. Es waren aber schon umfassende Abklärungen nötig. Tatsächlich sind die meisten Kernbankensysteme nicht auf Negativzinsen eingestellt.

12. Es gibt doch die Global Alliance for Banking on Values, ein unabhängiges internationales Netzwerk sozial und ökologisch orientierter Banken, in dem auch die ABS Mitglied ist. Wie werden denn in diesem Netzwerk die negativen Zinsen diskutiert?

Anlässlich des European Chapter Meetings vom 17. November in Olten war dies eines der zentralen Themen: Wie gehen die Banken der Global Alliance for Banking on Values (GABV) mit dem neuen Szenario um? Noch hat keine der anderen Mitgliederbanken Negativzinsen eingeführt. Die Problematik zeigt sich aber bei den meisten europäischen Banken auf ähnliche Weise.

¹ Siehe <http://www.ecoquartierjonction.ch/>

² Siehe dazu: <http://www.fuw.ch/article/finma-direktor-negativzinsen-nicht-an-kunden-weitergeben/>

Negativzinsen – aber richtig!

Ist die Negativzinspolitik der EZB vergleichbar mit Silvio Gesells Vorschlägen? Das fragen sich viele, denn inzwischen berufen sich führende Notenbanker auf Gesell. Bei näherem Hinsehen wird allerdings deutlich: Für eine wirklich effektive Negativzinspolitik braucht es Durchhaltekosten auf Bargeld.

Wirft man einen Blick auf die Rede »Life below zero: Learning about negative interest rates«, die von Benoît Cœuré, einem Mitglied des EZB-Direktoriums, im September 2014 in Frankfurt gehalten und kürzlich ganz ähnlich an andere Stelle wiederholt wurde¹, hat man fast den Eindruck, als ob die EZB nun die Lehren des deutsch-argentinischen Kaufmanns Silvio Gesell anwenden wollte. Wiederholt bezog sich Cœuré in seiner Rede vor der Geldmarktkontaktgruppe auf Gesell, und sagte auch ausdrücklich, dass die Idee negativer Zinsen zurückgehe auf das späte 19. Jahrhundert, auf Silvio Gesell.

Gesells Hortungsgebühr ist ein negativer Zins

Bereits Gregory Mankiw und Willem Buiter hatten vor einigen Jahren vorgeschlagen, dass Zentralbanken die Null-Prozent-Marke als Zins-

»Negative Zentralbankzinsen müssen mit einer Belastung des Bargelds einhergehen, wollte man den Negativzins der Europäischen Zentralbank mit dem Vorschlag Silvio Gesells vergleichen, auf den man sich beruft.«

untergrenze (Zero Lower Bound) aufgeben sollten, und unabhängig voneinander darauf verwiesen, dass diese Idee dem Vorschlag Silvio Gesells nahe käme. Negative Zentralbankzinsen bedeuten, dass die Geschäftsbanken eine Gebühr für ihre Einlagen bei der Zentralbank zahlen, anstelle – wie zuvor bei der EZB und heute noch bei der amerikanischen Fed üblich – Zinsen dafür zu erhalten. Tatsächlich handelt es sich bei den Gesellschen Geldgebühren, die in der Literatur häufig auch als »Durchhaltekosten« oder »demurrage fee« bezeichnet werden, um eine Neutralisierung

Die Liquiditätsprämie nach J. M. Keynes

Die Liquiditätsprämie ist ein von John Maynard Keynes geprägter Begriff aus seinem Werk Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936). Er beschreibt damit die Bestimmung des Mindest-Zinssatzes (...). Die Theorie Keynes' besagt hierbei, dass Zinsen keine Belohnung für das Sparen an sich sein können. Weil »gehaltenes Geld« einen der Liquidität immanenten Vorteil (liquidity preference) besitze, gelte demgemäß als Voraussetzung für Investition oder Kreditgewährung, dass als Verfügungsvorteil zumindest die Aufgabe des Liquiditätsnutzens abgegolten wird (»Prämie für den Verzicht auf Liquidität«, Liquiditätsverzichtsprämie).

Es ist also der Betrag, den der Schuldner an den Gläubiger für die Aufgabe der Liquidität zahlen muss, um den immanenten Vorteil von Liquidität gegenüber gebundenem Geld wettzumachen. (...)

Nach Keynes besitzt jedes Vermögensgut eine Liquiditätsprämie. Er unterscheidet für ein Vermögensgut (englisch »asset«) grundsätzlich drei wirtschaftliche Größen:

1. die Produktivität (englisch »yield«) q eines Vermögensguts, die ein Erzeugungsverfahren unterstützt oder andere Dienste leistet;
2. Durchhaltekosten (»carrying cost«) c in Form von Wertminderung durch Verderben und Veralten wie auch Kosten für Unterhalt, Lagerung und Versicherung;
3. Liquiditätsprämie (»liquidity preference«) l , eine »potenzielle Annehmlichkeit oder Sicherheit«



Der Gesamtvorteil eines Gutes, sein Eigenzins (»own-rate of interest«), ist dann »Produktivität minus Durchhaltekosten plus Liquiditätsprämie«, also $q - c + l$.

Bei Produktionskapital (zum Beispiel Maschinen) oder Gebrauchskapital (Gebäude) überwiegt der Produktivitätswert die beiden anderen Werte (»man hat etwas davon«). Bei nicht benötigten und überflüssigen Gütern überwiegen die Durchhaltekosten (»man muss sie pflegen und beschützen und hat nur Aufwand damit«). Bei Geld ist der Produktivitätswert 0 und die Durchhaltekosten (für Aufbewahrung und Sicherheit) gering, die Liquiditätsprämie jedoch bedeutend (»man kann sich was dafür kaufen«).

Der besondere Unterschied zwischen Geld und fast allen anderen Vermögensgütern besteht darin, dass beim Geld die Liquiditätsprämie den Durchhaltekostenfaktor stark überwiegt, während umgekehrt bei den anderen Vermögensgütern die Durchhaltekosten die Liquiditätsprämie stark überwiegen.

Quelle: wikipedia.org/wiki/Liquiditätsprämie

der Keynes'schen Liquiditätsprämie (siehe Kasten).

Bei Anhängern Gesells besteht nun die Hoffnung, dass wenn die Leitzinsen nur negativ genug sind, Kredite von Geschäftsbanken an ihre Kunden ebenfalls zinsfrei oder jedenfalls fast zinsfrei sein könnten (Banken könnten evtl. aber eine Vermittlungsprovision erheben). Das heißt, wie im Gesellschen Freigeldsystem würde der Druck auf das Geldangebot derart erhöht, dass der Kreditzins gegen null tendierte.² Andererseits würden Banken auch keine (positiven) Zinsen auf Guthaben-

»Wenn dem Bargeld der negative Zins anhaftet, so würden Banken auf Einlagen automatisch ebenfalls diesen Zins erheben müssen. Dies brächte den Vorteil mit sich, dass dieser Negativzins dann bei allen Banken gleich hoch wäre, wodurch Wettbewerbsverzerrungen vermieden würden.«

konten mehr zahlen können und sogar Depotgebühren auf Giro- und Sparkonten erheben. Diesen Effekt sehen wir heute zum Teil bereits nach der Einführung des negativen Einlagensatzes der EZB. Für die Einlagen von Geschäfts- wie auch Privatkunden verlangen viele Banken neuerdings »Strafzinsen«. So gesehen bestünde die Hoffnung, dass Banken langfristig wieder zu dem werden könnten, was sie ursprünglich einmal waren: Institutionen, in denen Menschen Geld aus Sicherheitsgründen (gegen eine Gebühr) lagern. Zudem könnten sie ihr Geld nach Absprache mit der Bank dann kostenlos verleihen.

Negative Zentralbankzinsen haben nicht denselben Effekt wie Gebührenmarken auf Geldscheinen

Leider hat die 0,4%-Gebühr auf Einlagen, die Geschäftsbanken bei der Europäischen Zentralbank halten, bisher nicht genügend Druck auf die Geldmenge ausgeübt, damit der Zinssatz, den Privatkunden für Kredite bei ihren Banken zahlen, tatsächlich gegen null tendiert. Die Niedrigzinspolitik findet derzeit am »kurzen Ende« des Geld- und Kapitalmarktes statt. Am langen Ende sind die Zinsen durchaus noch deutlich sichtbar, in einigen anderen Ländern mehr noch als in Deutschland, und können

nicht nur durch Arbeits- und Risikokosten der Kreditinstitute begründet werden, wie dies Cœuré in seiner zitierten Rede macht. Selbst, wenn die Zentralbank dazu überginge, auch mit dem Refinanzierungssatz in einen deutlich negativen Bereich zu gehen, änderte sich hieran nichts. Der Grund hierfür ist der, dass der Zins als Liquiditätsprämie des Geldes ja nicht automatisch durch die großzügige Emis-

mehr gibt, sondern im Gegenteil Banken für ihre Einlagen bei der EZB »Parkgebühren« zahlen müssen, so bleibt den Banken langfristig aber kaum eine Alternative, als ebenfalls auf Guthaben negative Zinsen zu erheben. Aus diesem Grunde haben viele Banken jedenfalls bei den Einlagen von Geschäftskunden mit dieser Praxis begonnen. Diese Banken laufen nun Gefahr, ihre Kunden zu verlieren, weil diese das



Auf Einladung der INWO hielt Prof. Dr. Felix Fuders am 12. September einen Vortrag in Dortmund. Die Video-Dokumentation finden Sie auf www.INWO.de.

sionspolitik der Zentralbank verschwindet, sie dürfte im Geldverkehr zwischen Privaten und Banken wieder zum Vorschein kommen – insbesondere dann, wenn es um längerfristige Kredite geht.

Auch das Bargeld braucht einen Negativzins

Letzteres liegt daran, dass dem Bargeld – im Gegensatz zu Gesells Vorschlag – kein Negativzins anhaftet. Bargeld kann und wird nach wie vor in Banktresoren oder zu Hause gehortet werden. Das ist ein großes Problem. In unserem heutigen Finanzsystem können Banken Guthabenzinsen im Grunde gar nicht auf null (und schon gar nicht unter null) setzen, wollen sie nicht den Abfluss der Einlagen riskieren. Das liegt daran, dass Kunden nach wie vor die Möglichkeit haben, Bargeld zu Hause zu horten.

Wenn Banken nun nicht mehr genügend kreditwürdige Kreditnehmer finden, um die Guthabenzinsen ihrer Kunden zu bedienen, spekulative Investments durch strengere Bankenregulation ebenfalls kaum noch möglich sind, und es auch bei der EZB keine Zinsen

Geld zu denjenigen Banken bringen, die noch (positive) Zinsen zahlen. Selbst wenn alle Banken sich einig wären, in einer konzertierten Aktion (was kartellrechtlich problematisch wäre) negative Zinsen auf sämtliche Einlagen zu erheben, so bestünde nach wie vor die Möglichkeit, Bargeld zu Hause zu horten. Die Gefahr von Bankenpleiten und damit des Zusammenbruchs des Finanzsystems wächst.

Nur Bankeinlagen zu belasten, ohne dass der negative Zins dem Bargeld anhaftet, wird also sehr wahrscheinlich nicht nur nicht den gewünschten Effekt haben, das Geld in Fluss zu halten, sondern im Gegenteil die Gefahr von Bankenpleiten und damit eines Bank Runs erhöhen. Derartige Kritik an der Negativzinspolitik, insbesondere die Sorge um die Rentabilität der Banken und damit auch um die Finanzstabilität, wird aktuell immer lauter. Die Kritiker müssten aber erkennen, dass die jetzige Umsetzung aufgrund der fehlenden Einbeziehung des Bargelds noch nicht effektiv genug ist. Negative Zentralbankzinsen müssen mit einer Belastung des Bargeldes einhergehen, wollte man den Negativzins der EZB mit dem Vorschlag Silvio Gesells vergleichen.

¹ Benoît Cœuré, Life below zero: Learning about negative interest rates (Presentation at the annual dinner of the ECB's Money Market Contact Group, Frankfurt am Main, 9 September 2014): <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140909.en.html>, ders., Assessing the implications of negative interest rates: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2016/html/sp160728.en.html>.

² Felix Fuders, Alternative concepts for a world financial system, in: Estudios Internacionales 166 (2010), S.53f.

Abschaffung des Bargeldes?

Dass negative Zinsen alleine, das heißt, ohne auch das Bargeld mit einer Hortungsgebühr zu belasten, nicht automatisch die Zirkulation des Geldes erhöhen, zeigt sich auch an der Reaktion der EZB, die in einer weiteren historischen Entscheidung am 22. Januar 2015 beschlossen hat, 1,1 Billionen Euro durch den Aufkauf von Staatsanleihen in die Märkte zu pumpen (sog. Quantitative Easing, QE). Am 3. Dezember 2015 legte sie noch eins drauf und kündigte an, die täglichen Anleiheankäufe im Wert von 60 Mrd. Euro bis mindestens März 2017 fortzuführen. Inzwischen wurde der Wert der monatlichen Ankäufe auf 80 Mrd. erhöht. Ganz offensichtlich stockt der Fluss des Geldes trotz negativer Zinsen. Das ist im Grunde verständlich. Wir erinnern uns: Früher floss das Geld, weil es Zinsen gab und wir unser Ersparnis auf die Bank brachten, die dieses dann an Kreditnehmer verliehen hat. Der Zins als Prämie für den Verzicht auf Liquidität (Keynes) hielt das Geld in Fluss. Wenn es nun keine Zinsen mehr gibt und das Bargeld nicht mit einer Hor-

Die Abschaffung von Bargeld wäre zwar eine Lösung, aber eine die uns die Freiheit nimmt, anonym zu zahlen. Die Folge wäre die totale Überwachung. Besser wäre es, dem Bargeld ebenfalls den Negativzins anzuhafte, was technisch heute möglich wäre.

Wenn dem Bargeld der negative Zins anhaftete, so würden Banken auf Einlagen automatisch ebenfalls diesen Zins erheben müssen. Die Banken würden den negativen Zins an die Kunden weitergeben. Dies brächte den Vorteil mit sich, dass dieser Negativzins dann bei allen Banken in etwa gleich hoch wäre, wodurch Wettbewerbsverzerrungen vermieden würden.

Der Abfluss von Geldern ins Ausland würde erschwert

Übrigens würde bei einem Gesellschen Freigeldsystem, bei dem Bargeld negativ verzinst wird, der befürchtete Abfluss von Geldern ins Ausland, wo evtl. nach wie vor positive Zinsen gezahlt werden, stark begrenzt. An den Devisenbörsen würde eine Währung, der eine Hortungsgebühr anhaftet, mit einem entspre-

Kein Negativzins auf langfristige Termineinlagen!

Termineinlagen sind für einen bestimmten Zeitraum (Monate oder Jahre) fest angelegte Gelder. Normalerweise zahlen Banken höhere Zinsen, je längerfristig die Kunden die Gelder anlegen. Für die Bank haben solche Festgelder nämlich den Vorteil, dass sie nicht täglich abgerufen werden können, was ihnen bei der Planung der Kreditvergabe hilft. Wenn nun auch Termingelder mit Strafzinsen belastet würden – und es ist nicht ausgeschlossen, dass dies geschieht – so wäre das kontraproduktiv. Lediglich Bargeld und Sichteinlagen sollten dieser Gebühr unterliegen, wenn wir erreichen wollen, dass Gelder verliehen werden, dass Geld also im Fluss bleibt, ohne dass dazu der (positive) Zins notwendig wäre. Menschen sollen ja ihr Geld ausgeben, es investieren oder aber es zinsfrei verleihen. In einem Gesellschen Freigeldsystem, wie ich es mir vorstelle, würden Banken Gelder von Kunden nur dann verleihen, wenn der Kunde diese ausdrücklich dafür freigibt, um so der andernfalls anfallenden Strafgebühr (dem Negativzins) zu entgehen. Der Kunde legt sein Geld dann also fest für einen bestimmten Zeitraum an. Im Freigeldsystem wären Festgelder also nicht mit dem Negativzins belastet, brächten andererseits aber auch keine positiven Zinsen. Wenn nun aufgrund der Politik der EZB Termingelder mit der Gebühr belastet würden, so wäre dies im Grunde das Gegenteil von dem, was Gesell erreichen wollte. Die Vergabe von Krediten und damit das Zirkulieren des Geldes würde erschwert werden, weil auch die fest angelegten Gelder abgezogen würden.

Das QE ist kontraproduktiv

Wenn man versteht, dass sich das Geldmengewachstum parallel zum Zins entwickelt, wie ich an anderer Stelle darlege⁴, kann man auch nachvollziehen, warum jetzt, wo der Zins so niedrig ist, die Geldmenge nicht mehr wachsen will, weshalb Deflationstendenzen entstehen. Die EZB versucht nun, die drohende Deflation durch das Drucken von Geld zu vermeiden. Sie begegnet dem gesunkenen Geldschöpfungsmultiplikator (bedingt durch die geringe Kreditvergabe) mit dem Ausweiten der Zentralbankgeldmenge und stellt so den Märkten Liquidität zur Verfügung. Aufgrund der derzeit ausgeprägten Liquiditätspräferenz wächst die Geldmenge M1 schneller als die Geldmenge M3 (siehe Abb. 1 und 2).⁵ Anders ausgedrückt: Würde die EZB kein Geld drucken, würde die Geldmenge M3, in der die Geldmenge M1 enthalten ist, kaum noch wachsen.

Statt also den Fehler im Geldsystem zu beheben und dem Geld, insbesondere dem Bargeld, einen Umlaufsicherungsimpuls zu verpassen, werden die Märkte mit noch mehr von dem nicht funktionierendem Geld über-

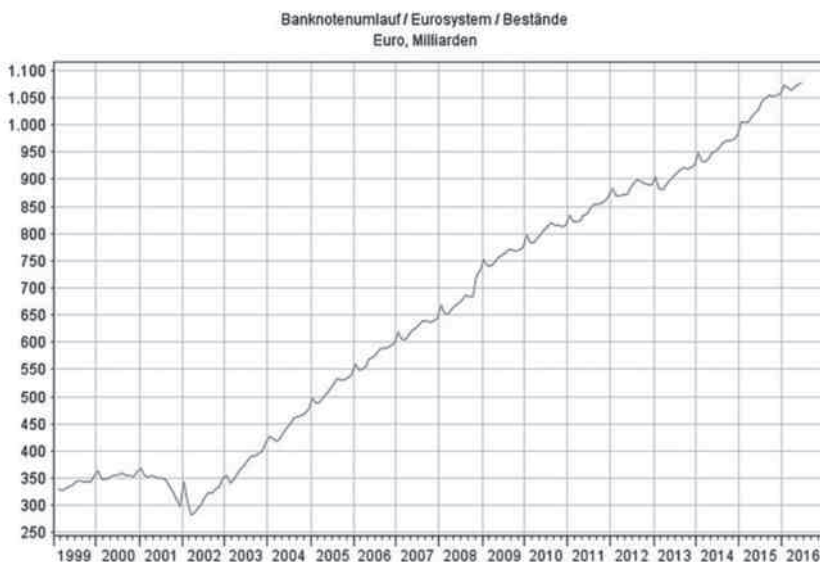


Abb. 1: Das Volumen der »umlaufenden« Euro-Scheine hat sich seit 2002 auf fast 1,1 Bill. Euro vervielfacht. Allein in Deutschland werden nach Schätzungen der Bundesbank 140 Mrd. Euro dauerhaft aufbewahrt und nur 30–60 Mrd. für Zahlungszwecke verwendet. (Quelle: Bundesbank)

tungsgebühr belastet ist, so horten Menschen wie Institutionen ihr Geld eben wieder verstärkt »zu Hause« oder legen es im Ausland an. Der Hortungsdrang des Menschen verschwindet ja nicht durch die negativen Einlagenzinsen. Und genau deshalb möchte Herr Draghi jetzt offenbar das Bargeld abschaffen. Die Entscheidung, den 500-Euro-Schein abzuschaffen, wurde zwar damit begründet, dass Schwarzgeldgeschäfte erschwert werden sollen. Aber man darf vermuten, dass es vielmehr darum geht, die Geldhortung zu verhindern.

chenden Abschlag gegenüber ausländischen und nicht umlaufgesicherten Währungen gehandelt werden. Mit anderen Worten würde die Hortungsgebühr auch beim Umtausch in eine ausländische Währung anfallen, was den Anreiz, Geld im Ausland anzulegen, verringern dürfte. Auch aus diesem Grund sollte Bargeld mit einer Hortungsgebühr belastet werden. Kenneth Rogoff geht zudem in seinem neuen Buch »Der Fluch des Geldes« davon aus, dass der Außenhandel eines Landes, das tiefe Negativzinsen einführt, weil es das Bargeldproblem gelöst hat, durch die Abwertung der Wechselkurse stark profitieren würde.³



Abb. 2: Wachstumsrate M1 (blau) und M3 (rot)
Quelle: EZB (2016)

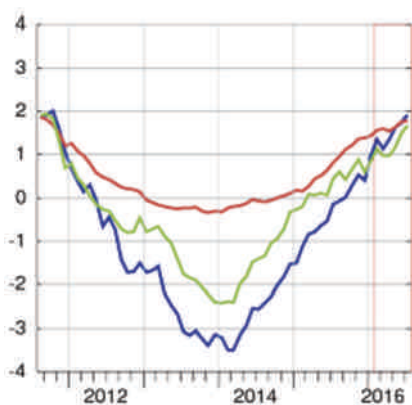


Abb. 3: Wachstumsrate der Kreditvergabe an
Nicht-Kreditinstitute (blau), Haushalte (rot)
und andere im privaten Sektor (grün)
Quelle: EZB (2016)

schwemmt. Das ist das Gegenteil von dem, was Gesell vorgeschlagen hatte. Gesell hatte vorgeschlagen, dass das Geld zirkulieren soll, und nicht, dass dem Horten durch Drucken von Geld entgegengewirkt werden soll. Dabei ist es unwahrscheinlich, dass dieses neue Geld nun in der Realwirtschaft ankommt. Stattdessen wird es am Aktien- oder Immobilienmarkt investiert werden, wo es noch größere Spekulationsblasen hervorrufen wird. Wenn diese Blasen platzen und das viele Geld dann irgendwann plötzlich doch für Transaktionen in der Realwirtschaft zur Verfügung steht, ist eine Hyperinflation nicht ausgeschlossen.

Fazit: Noch keine Partnerschaft zwischen EZB und Gesell

Früher habe ich gerne meine Zuhörer aufgefordert, eine Regionalwährung nach dem Vorschlag Silvio Gessells zu etablieren oder an einer solchen mitzuwirken, weil ich davon ausging, dass eine Änderung des Systems nicht »von oben« geschehen würde. Vielleicht habe ich mich geirrt. Die EZB scheint auf dem richtigen Weg zu sein, auch wenn sie dies vielleicht nur aufgrund der systemischen Zwänge ist und nicht, weil sie Gesell verstanden hätte.

Doch wenn jetzt noch das Bargeld mit dem Negativzins belastet würde, dann wäre das eine Lösung zur Vermeidung nicht nur von Inflation, Deflation und Finanzkrisen. Vielmehr würden auch die anderen großen Herausforderungen unserer Zeit zumindest deutlich abgemildert werden: Umweltzerstörung durch Wachstumszwang und die ungerechte, weil nicht auf der eigenen Arbeitsleistung beruhende, Ungleichverteilung der Einkommen.⁶ Ohne den nötigen Negativzins auch auf Bargeld sieht die Sache allerdings eher gefährlich aus. Es werden nicht nur immer mehr Geldeinheiten in Bargeld gehortet oder ins Ausland abfließen, sondern auch die Wettbe-

werbsverzerrungen zwischen Kreditinstituten zunehmen. Eine Hortungsgebühr auf Bargeld würde von den Kreditinstituten aller Wahrscheinlichkeit nach an die Kunden weitergegeben werden, wenn diese das Geld einlegen. Daher wäre dann der negative Einlagensatz bei allen Banken gleich. Durch die derzeitige Politik der EZB werden dagegen zunächst nur einige wenige, vor allem kleine Banken den Druck an die Kunden weitergeben und Sicht- und Spareinlagen mit negativen Zinsen belasten, während große Banken noch länger durchhalten können, ohne die Kunden belasten zu müssen. Viele Kunden der kleineren Banken werden ihre Gelder dann abziehen und zu den Kreditinstituten bringen, die noch keine negativen Zinsen auf Einlagen erheben. Das erhöht

die Wahrscheinlichkeit von Bankenpleiten und gefährdet somit die Finanzstabilität.

Bei näherem Hinsehen wird somit deutlich, dass nach wie vor kein Grund für einen Freudentaumel besteht: Durchhaltekosten auf umlaufendem Bargeld gibt es nicht und werden auch in der Rede Cœurés nicht thematisiert; er hält das Problem offenbar allein deswegen schon für gelöst, weil beim Bargeldverkehr Transaktionskosten anfallen. Cœuré übersieht jedoch dabei, dass die von Gesell und Keynes im Kontext mit der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes diskutierten Durchhaltekosten einen anderen Charakter haben als die von ihm angeführten Transaktionskosten, die im Kontext mit der Tausch- und Zahlungsmittelfunktion entstehen. Ebenso wenig werden die privaten Einlagen bei den Geschäftsbanken erwähnt, die beim derzeitigen Einlagensatz von -0,4 % außer bei den Geschäftskunden mit hohem Einlagenbestand noch so gut wie überhaupt keine Weiterbelastung erfahren. Von Durchhaltekosten auf Giralgeld sind wir also ebenfalls noch weit entfernt. Selbst wenn alle Sichteinlagen in Europa irgendwann negativ verzinst würden, so wäre dies immer noch nicht dasselbe wie die von Gesell vorgeschlagene Lösung. Solche Durchhaltekosten auf Giralgeld könnten möglicherweise sogar die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Bankenpleiten kommt, erhöhen, wenn dem Bargeld nicht wie von Gesell vorgeschlagen ebenfalls Durchhaltekosten auferlegt werden.

³ Kenneth S. Rogoff: Der Fluch des Geldes – Warum unser Bargeld verschwinden wird, Finanzbuchverlag 2016, S. 265.

⁴ Felix Fuders et al., The Central Bank's dilemma, the Inflation-Deflation Paradox and a new interpretation of the Kondratieff waves, in: *Economía* Vol. 36 (2013), S. 41 ff. Der Zins hat zwar keine Auswirkung auf die ursprüngliche Zentralbankgeldmenge, wohl aber auf alle Buchgelder wie Sichtguthaben, Sparkonten, Termingelder, etc. (geldwerte Forderungen auf Bargeld). Der Zins lässt Guthaben wachsen und bewegt die Bank dazu, Kredite zu vergeben, um die Zinsen auf den Guthabekonten bedienen zu können. Je höher der Zins ist und je mehr Menschen ihre Überschüsse deshalb zur Bank bringen, desto größer ist der Druck für die Bank, Kredite zu vergeben. Die Kredite landen wieder als Guthaben auf anderen Konten, wodurch das gesamte Volumen an Buchgeldern in einer Volkswirtschaft wächst. Dieser Effekt der Ausweitung des Volumens der Buchgelder wird in Lehrbüchern als »Geldschöpfungsmultiplikator« oder »Buchgeldschöpfung« beschrieben (vgl. etwa G. Mankiw, *Principles of economics*, Harcourt Brace, Fort Worth 1998, S. 600 ff.). Dass allerdings die Veränderungsrate des Geldschöpfungsmultiplikators mit der Veränderungsrate des Zinssatzes langfristig positiv korreliert ist, ist bisher nicht Bestandteil der Lehrmeinung.

⁵ Es sei angemerkt, dass die EZB die Geldmenge M1 nur indirekt beeinflussen kann. Zur Geldmenge M1 zählen das außerhalb des Bankensektors zirkulierende Bargeld sowie Sichteinlagen von Nichtbanken. Dass heute M1 schneller wächst als M3 (M1 + Termineinlagen, Schuldverschreibungen, etc., mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren), hängt vor allem mit den Portfolioentscheidungen der Bankkunden zusammen, die heute die erhaltene Liquidität nicht mehr längerfristig festlegen möchten. Des Weiteren dürfte die Tatsache, dass die EZB nun auch Unternehmensanleihen aufkauft zur verstärkten Ausweitung der Geldmenge M1 geführt haben.

⁶ Zu den negativen Auswirkungen des Zinses: Felix Fuders, Warum der Zins auch moralisch nicht zu rechtfertigen ist, in: *Humane Wirtschaft*, Nr. 2/2010, S. 26 – 29, ders., *Smarter Money for Smarter Cities: How Regional Currencies Can Help to Promote a Decentralised and Sustainable Regional Development*, in: Eva Dick et al. (Hrsg.), *Decentralisation and Regional Development – Experiences and Lessons from Four Continents over Three Decades*, Springer, Cham 2016; ders./Manfred Max-Neef, *Local Money as Solution to Capitalist Global Financial Crises*, in: Michael Pirson et al. (Hrsg.), *From Capitalistic to Humanistic Business*, Palgrave-Macmillan, London 2014, S. 157 – 189; ders./ders., *Dinero, deuda y crisis financieras. Propuestas teórico-prácticas en pos de la sostenibilidad del sistema financiero internacional*, in: Jose Fernandez Alonso et al. (Hrsg.), *Economía Internacional – Claves teórico-prácticas sobre la inserción de Latinoamérica en el mundo*, LATIn, Guayaquil u.a., 2014, S. 245 – 274.

Mythos Negativzins

1. Nicht negative, sondern positive Zinsen sind unnatürlich

Leider wird die unserem Finanzsystem innewohnende Problematik in den Wirtschaftswissenschaften ganz überwiegend nach wie vor nicht erkannt. Ein möglicher Grund hierfür ist wohl ein Grundmissverständnis, dem die Wirtschaftswissenschaften unterliegen und das unter anderem daran zu erkennen ist, dass ganz regelmäßig das Tauschmittel Geld mit dem Produktionsfaktor Kapital verwechselt wird. Viele Schriften und Bücher führen das »Kapital« im Titel, meinen damit aber unter anderem Geld. Im Werk von Karl Marx wird sogar ausführlich hergeleitet, warum Geld auch Kapital sei.⁷ Aus diesem Grundmissverständnis rühren letztlich auch die oben angesprochenen Missverständnisse über die Wirkung des Zinses her.

Beispielhaft für diese fehlende Unterscheidung von Geld und Kapital sind die Aussagen eines deutschen Ökonomen in einem kürzlich veröffentlichten Interview. Bezüglich der Entscheidung der EZB, negative Zinsen auf Einlagen festzulegen, befand dieser, dass negative Zinsen natürlicherweise gar nicht möglich wären und dem menschlichen Handeln zuwider liefen. Der »natürliche« Zins sei, so erklärt er, Ausgleich einer Wertdifferenz für die Überlassung von Gütern. Dieser »natürliche Zins« könne nicht negativ werden; denn das hieße seiner Ansicht nach, dass ein Apfel, der erst in 100 Jahren verfügbar ist, einem heute verfügbaren Apfel vorgezogen würde.⁸ Ähnliche Äußerungen findet man häufig. Die Idee vom »natürlichen Zins« geht wohl auf Knut Wicksell zurück und hat seither Eingang in die Lehrbücher der Zinstheorie gefunden.⁹

Geld stellt aber, um bei dem obigen Beispiel zu bleiben, weder einen Apfel, noch sonst irgendein reales Gut und schon gar kein Kapital dar. Kapital bezeichnet in der klassischen Volkswirtschaftslehre den dritten Produktionsfaktor neben menschlicher Arbeitskraft und Boden. Gemeint sind Maschinen oder andere Produktionsmittel. Geld ist ein Tauschmittel, mit dem man Kapital oder andere Güter (wie Äpfel) eintauschen kann. Geld selbst hat aber anders als Maschinen oder Äpfel keinen eigenständigen Wert¹⁰, arbeitet nicht und bekommt auch keinen Nachwuchs, wie bereits Aristoteles herausstellte, der den Zins aus der Geldleihe deshalb wohl zu Recht für widernatürlich hielt¹¹.

Es ist nicht unnatürlich, realwirtschaftliche Gewinne einzufahren, wohl aber der Gewinn aus der Geldleihe. Leider werden beide Arten von Gewinnen in der Wirtschaftswissenschaft (und übrigens auch bei Gesell)

als »Verzinsung« bezeichnet, was wohl nicht unwesentlich zu dem angesprochenen Grundmissverständnis beiträgt. Es macht Sinn, und es kann im Übrigen möglicherweise auch als gerecht angesehen werden, wenn ein Eigentümer für das Verleihen von realen Gütern einen Mietpreis einstreicht, da er auf den Nutzen des Gutes verzichtet und dieses auch abnutzt. Es erscheint aber geradezu als irr-

»Der negative Zins stellt weder Betrug am Sparer, noch eine Enteignung dar. Vielmehr ist der positive Zins als Betrug am Kreditnehmer und Erpressung zu qualifizieren.«

sinnig, Gutscheine zu verleihen, die Güter repräsentieren und lediglich den Tausch von Gütern erleichtern sollen, wie Rudolf Steiner

einst treffend herausstellte.¹² Auch Keynes war der Ansicht, dass Geld keinen eigenständigen Wert habe. Zu sagen, dass Geld einen inneren Wert besäße, sei dasselbe wie zu sagen, eine Kinoeintrittskarte wäre gleich dem Film, zu dessen Genuss die Karte berechtigt, so Keynes.¹³ Wer das Tauschmittel Geld mit Nutzen stiftenden realen Gütern verwechselt, wird kaum die unserem Finanzsystem inhärente Problematik (weder die ökonomische, noch die moralisch-ethische¹⁴) erkennen.

2. Negative Zinsen sind kein Betrug am Sparer

Ausdruck des angesprochenen Missverständnisses ist auch die irrtümliche und zuletzt immer wieder zu hörende Ansicht, Sparer würden nun, da es (fast) keine Zinsen mehr auf Guthabenkonten gibt, um ihre Zinsen betrogen. In einem Artikel in der Wochenzeitung »Die Zeit« wurde dies so beschrieben: »Der Zins ermöglichte es auch Taxifahrern und Verkäuferinnen, ein kleines Vermögen aufzubauen. Der Zins machte Millionen Menschen reich und half mit, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Mittelschicht entstand«.¹⁵ Diese Ansicht vergisst, dass es die Sparer selbst sind, die die Zinsen letztlich bezahlen. Das gilt selbst dann, wenn sie nicht verschuldet sind, da die Zinsen in den Preisen sämtlicher Produkte enthalten

⁷ Karl Marx, Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, 2. Aufl. Hamburg 1872, S. 128 ff.; ähnlich auch: Alexander Bogdanoff, A short course of economic science, 2. Aufl. 1923. Communist Party of Great Britain. London 1925, S. 139 ff.

⁸ »Verstehen die Kunden, was geschieht, kommt es zum Bank Run« in: Das Investment.com vom 19.11.2014 (<http://www.dasinvestment.com/negativzinsen-teil-3-verstehen-die-kunden-was-geschieht-kommt-es-zum-bank-run/>).

⁹ Knut Wicksell, Interest and Prices – A study of the causes regulating the value of money. London 1936.

¹⁰ Wie übrigens schon der Autohersteller Henry Ford wusste: »(...) Geld an sich ist überhaupt nichts wert, da es für sich keinen Wert zu erzeugen vermag«, zitiert in: »Der Zins in der Geschichte«, in: Fragen der Freiheit, Nr. 167, 1984, S. 30 – 36.

¹¹ Aristoteles, Politik, 1. Buch, 1258b, in: F. Meiner, (Hrsg.), Aristoteles Philosophische Schriften in sechs Bänden. Band 4. Hamburg: Felix Meiner Verlag 1995..

¹² Rudolf Steiner, Die soziale Grundforderung unserer Zeit – In geänderter Zeitlage, Zwölf Vorträge, gehalten in Dornach und Bern v. 29.11. bis 21.12.1918, 2. Aufl. Dornach 1979, S. 50.

¹³ John Maynard Keynes, Buchbesprechung: »Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel« by Ludwig von Mises and »Geld und Kapital« by Friedrich Bendixen, Economic Journal Jg. 24. Vol. 95 (1914), S. 417 – 419.

¹⁴ Hierzu Felix Fuders, Warum der Zins auch moralisch nicht zu rechtfertigen ist, a.a.O., S. 26 – 29; ders., Neues Geld für eine neue Ökonomie, a.a.O., S. 136 – 151.

¹⁵ Mark Schieritz / Wolfgang Uchatius, Der stärkste Trieb der Deutschen – Ausgespart!, in: Die Zeit, Nr. 47 v. 13.11.2014, S. 13 – 15.

¹⁶ Margrit Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, Steyerberg 1990, S. 25 ff.; ähnlich auch Helmut Creutz, Das Geldsyndrom, München 1993, S. 95 f., 106 f.

¹⁷ Ausführlicher hierzu: Felix Fuders, Warum der Zins auch moralisch nicht zu rechtfertigen ist, a.a.O., S. 26 – 29; ders., Neues Geld für eine neue Ökonomie, a.a.O., S. 136 – 151.

¹⁸ Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 9. Aufl., Lauf 1949, S. 281.

¹⁹ Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 205, 344.

²⁰ Vgl. etwa Joseph Stiglitz, Macroeconomía. 2. Aufl., Barcelona 1998, S. 337; Cristián Larroulet / Francisco Mochon, Economía. 2. Aufl., Santiago 2003, S. 458 ff.; Rudiger Dornbusch et al., Macroeconomía, 10. Aufl., Mexico 2009, S. 225.

²¹ Vgl. Felix Fuders et al., The Central Bank's dilemma, a.a.O., S. 45.

²² Herman Daly, Steady-state economics: second edition with new essays. Island Press, Washington 1991; Daly/Farley, Ecological Economics – Principals and Applications, Washington 2004, S. 54 f.

²³ Felix Fuders, Smarter Money, a.a.O., S. 177 f.



Geld hat keinen eigenen Wert, es ist nur gegen Werte eintauschbar.

sind¹⁶, weil diese oder Bauteile von diesen von Unternehmen produziert wurden, die sich durch Darlehen finanzieren (das bezeichnen-derweise und entsprechend dem oben angesprochenen Missverständnis Fremdkapi-tal genannt wird). Die meisten Menschen – und dazu dürften insbesondere auch Taxi-fahrer und Verkäuferinnen gehören – sind je-denfalls Nettozinszahler.

Zudem ist jeder Zins ein ungerechtes Ein-kommen, weil dieses nicht auf der eigenen, sondern eben auf der Arbeitsleistung des Kre-

»Die einzige Möglichkeit, der Wirtschaft den Wachstumszwang zu nehmen, ohne dass dabei Arbeitslosigkeit und Armut entstehen, ist, den positiven Zins abzuschaffen.«

ditnehmers beruht¹⁷, der im Übrigen auch das unternehmerische Risiko trägt. Tatsächlich hat sich der breite Mittelstand in Deutschland wohl nicht durch, sondern glücklicherweise trotz des Zinses entwickelt. Das war in Deutschland (anders als in vielen anderen Ländern) wohl deshalb besonders gut mög-lich, weil unser Finanzsystem in den ersten

Jahrzehnten nach dem Krieg noch jung war, die Schere zwischen den durch den Zins ex-pONENTIELL wachsenden Vermögen und den ex-pONENTIELL wachsenden Schulden daher noch nicht so groß war. Je länger aber das Fi-nanzsystem existiert, desto effektiver funk-tioniert der Umverteilungsmechanismus zwis-chen denjenigen, die die Zinsen empfangen, und einer stetig wachsenden Mehrheit, die die Zinsen erwirtschaften muss. Vermutlich wer-den wir auch in Deutschland bald eine eben-so kleine Mittelschicht und eine ebenso große Ungleichheit haben, wie sie in vielen an-deren Ländern der Welt schon lange existiert.

Im Grunde könnte man es daher genau an-derherum ausdrücken: Der positive Kredit-zins ist Betrug am Kreditnehmer; denn der muss Zinsen zahlen für etwas, das selbst kei-nen Wert besitzt, sondern einen Wert reprä-sentiert. Man stelle sich einmal vor, man bekä-me in einer Autovermietung anstelle des ge-mieteten Fahrzeuges nur den Fahrzeugbrief ausgehändigt, der das Auto repräsentiert. Die meisten würden sich wohl betrogen fühlen.

3. Negative Zinsen stellen keine Enteignung des Sparers dar

Zum Teil werden negative Zinsen sogar als eine Form der Enteignung dargestellt. Eine Enteignung ist ein Entzug von Vermögens-werten (Gabler Wirtschaftslexikon). Geld stellt aber keinen Vermögenswert, sondern ein Tauschmittel dar, mit dem man Vermögens-werte eintauschen kann. Geld als Vermögen anzusehen, entspringt der Verwechslung von Geld mit Kapital. Ein negativer Geldzins ist kei-ne Enteignung, sondern ein Umlaufsiche-

rungsimpuls, der Geld auf dieselbe Verhandlungsposition wie verderbli-che reale Güter stellt (Gesell)¹⁸. – An-derherum könnte man den positi-ven Zins als »Erpressung« (Gesell)¹⁹ bezeichnen. Eine Erpressung ist die unrechtmäßige Bereicherung aus dem Vermögen eines anderen (Ga-bler Wirtschaftslexikon), im Grunde also das Einstreichen eines Gewinns, ohne eine Gegenleistung dafür zu er-bringen. Eben diese Situation haben wir beim Erheben eines Geldzinses. Schließlich wird hier etwas verliehen, das selbst gar keinen Wert hat, son-dern einen Wert repräsentiert.

Fazit: Der negative Zins stellt we-der Betrug am Sparer, noch eine Ent-eignung dar. Vielmehr ist der positi-ve Zins als Betrug am Kreditnehmer und Erpressung zu qualifizieren.

4. Negative Zinsen bewirken kein Wirtschaftswachstum

Ein weiteres, häufig zu hörendes Missverständnis ist das, dass nega-tive Zinsen Wirtschaftswachstum be-wirken. Da ewiges Wirtschaftswachstum langfristig die Umwelt zerstört und kein er-strebenswertes Ziel ist, seien negative Zin-sen abzulehnen. Es ist zwar durchaus er-freulich, dass in den Wirtschaftswissen-schaften wenigstens bei einigen inzwischen angekommen ist, dass es unendliches reales Wirtschaftswachstum nicht geben kann. Tatsächlich ist es aber der positive und nicht der negative Zins, der die Wirtschaft zu Wachstum zwingt. Empirisch ließ sich beob-achten, dass – entgegen der Lehrmeinung²⁰ – Zinsniveau und Wirtschaftswachstum mit-telfristig im Gleichschritt liefen. Wenn das Zinsniveau hoch war, waren es in der Ver-gangenheit auch die Wachstumsraten der Wirtschaft und umgekehrt.²¹ Die einzige Mög-lichkeit, der Wirtschaft diesen Wachstums-zwang nachhaltig zu nehmen und in eine Post-wachstumsökonomie einzutreten, ohne dass dabei Arbeitslosigkeit und großflächige Armut entstehen, ist, den positiven Zins abzuschaf-fen. Eine Steady-State-Economy (Daly)²² wird es nur in einem Wirtschaftssystem geben, in dem es keine positiven Kreditzinsen gibt.²³ ■



Felix Fuders, Jg. 1975, Professor für Volkswirt-schaftslehre, insbesondere Mikroökonomie und Um-weltökonomie an der Uni-versidad Austral de Chile, Direktor Instituto de Eco-nomía; Direktor SPRING Chile, Mitglied der Gesell-

schaft für Nachhaltigkeit und im Netzwerk für Nachhaltige Ökonomie, Berlin. E-Mail: felix.fuders@uach.cl

(Boden-)Reichtum ist tabu

Die Vermögen der Reichen wachsen und wachsen. Insbesondere die Bodenpreise steigen unaufhaltsam an. Mancherorts hat sich der Wert des Bodens in zehn Jahren verdoppelt, ohne dass die Grundsteuer nennenswert angehoben wurde.

Politiker der derzeit in Deutschland mitregierenden Parteien verweigern die Diskussion um eine angemessene Besteuerung der Immobilienvermögen und zeigen sich verwundert, dass sich immer mehr Bürger von ihnen abwenden.

»Die Menschen in Deutschland werden dank des Immobilienbooms reicher«, schreibt RP-online.¹ In Düsseldorf sind die Bodenpreise förmlich explodiert und dennoch zahlt ein Hausbesitzer für die Grundsteuer weniger als für Straßenreinigung und Müllentsorgung. Selbst Grundstücksspekulanten brauchen den Fiskus nicht zu fürchten.

Auch sozial und ökologisch engagierte Politiker sprechen nicht über eine angemessene Heranziehung der Immobilienwerte zur Finan-

um die Milliarden-geschäfte der Oligarchie steuerfrei zu halten.

Massive Wettbewerbsverzerrungen ...

Dabei geht es bei der Kritik an der weitgehenden Steuerbefreiung des Bodens nicht mehr um eine Sozialneid-Debatte der Habenichtse. Die Wettbewerbsverzerrungen und die Ungerechtigkeiten, die sich aus den Bodenvermögen ergeben, treffen die so-

zial Schwachen, alle arbeitenden Menschen und den Mittelstand gleichermaßen. Und die Auswirkungen werden immer schmerzlicher und gewaltiger.

»Angetrieben wurde die Entwicklung in Deutschland, aber auch in anderen Teilen der Welt vor allem von steigenden Immobilienpreisen. Aktien fielen als Wachstumstreiber aus, Wechselkursentwicklungen schlugen zum Teil negativ zu Buche.« RP-online, die Hannoverische Allgemeine Zeitung und andere verweisen auf die Studie »Global Wealth Report« der Schweizer Großbank Crédit Suisse.² Lesen Sie dazu auch die nebenstehende Seite. Der Boden ist der Vermögensbringer.

... durch ungleiche Bodenverteilung

Die Vermögensungleichheit steigt weltweit an. Und wer viel hat, kauft Boden. Wer nichts hat, zahlt immer höhere Mieten und Pachten. Die Politik macht die Augen zu und schaut weg. »In der amtlichen Statistik werden die Bodeneinkommen nicht gesondert ausgewiesen – Boden spielt nach wie vor in der herrschenden Ökonomie eine untergeordnete Rol-



Der Wert des Bodens steigt und treibt die Hauspreise.

»Ein Hausbesitzer zahlt für die Grundsteuer weniger als für Straßenreinigung und Müllentsorgung.«

le«, schreibt Dirk Löhr dazu in seinem Blog rent-grabbing.com. Dabei ist der Boden kein scheues Reh, das vor dem Fiskus fliehen würde. Er kann gar nicht weglaufen.

Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Ressource ans Tageslicht zu ziehen und kritisch zu beleuchten. Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie unter Aktuelles > Medienkommentare auf www.INWO.de, hier zum Beispiel die Beiträge »Eine Grundsteuerreform – viele vertane Chancen« und »Aus Grundsteuer muss reine Bodensteuer werden«.



Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist freier Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. Seine aktuellen Kommentare zu Wirtschaft und Medien finden Sie hier: <http://www.INWO.de/medienkommentare/>



Bad Boller Gespräche
Vortragsreihe mit Aussprache

Schule der Freiheit, Badstraße 35, 73087 Bad Boll • www.sfo.de

Negative Zinsen - ein heilsames Gift?

Eckhard Behrens, Heidelberg
Vortrag mit anschließender Aussprache

- Zinsen – erstmals in der Geschichte des Geldes negativ!
- Bargeld – Abschaffung von Ökonomen gefordert!
- Grundgegebenheiten unseres Geldwesens werden infrage gestellt.

Häufig haben krisenhafte Entwicklungen ihren Ursprung im Geld- und Finanzbereich: Inflationen, Deflationen – und zuletzt die internationale Finanzkrise. Offenbar stimmt etwas nicht mit unserem Geld! Hat die Europäische Zentralbank die richtigen Antworten?

Jeder ist betroffen. Jeder sollte versuchen, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Vortrag und Aussprache sollen dazu Gelegenheit geben.

Mittwoch, 14. Dezember 2016, 19:00 - 20:30 Uhr
Der Referent steht auch danach für Gespräche zur Verfügung
Eintritt nach eigenem Ermessen, Richtsatz 3,- Euro

Nächste Vorträge:

18. Januar 2017: Dr. Gerhardus Lang, Bad Boll:
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

15. Februar 2017: Fritz Andres, Kürn: Wem gehört die Erde?

Eine Veranstaltungsreihe des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.

zierung der öffentlichen Ausgaben. Mitunter muss die Witwe mit ihrer Minirente herhalten,

¹ www.rp-online.de/wirtschaft/finanzen/global-wealth-report-2016-16-millionen-dollar-millionaere-leben-in-deutschland-aid-1.6413857

² www.credit-suisse.com/ch/de/about-us/research/research-institute/news-and-videos/articles/news-and-expertise/2016/11/de/the-global-wealth-report-2016.html

Vermögen steigen dank Immobilienboom

Geld und Boden haben eine besondere Verbindung. Beide haben im gegenwärtigen System Kapitalcharakter und sollen dementsprechend Gewinn abwerfen. Mal sind allerdings die Geldzinsen attraktiver, und mal ist es – wie aktuell – die Bodenrente.

Die Schweizer liegen weltweit an der Spitze der Durchschnittsvermögen, mit 561.900 Dollar je Erwachsenen. Das Durchschnittsvermögen eines erwachsenen Deutschen stieg in diesem Jahr gegen den weltweiten Trend um 2,8 Prozent auf rund 185.000 Dollar (rund 175.000 Euro). Zu danken ist dies vor allem dem Immobilienboom. Der Immobilienpreisindex stieg in Deutschland im letzten Jahr um 5,4 Prozent (Schweiz: +1,9 %, Österreich: +7,8 %). Während weltweit das Pro-Kopf-Vermögen bei 52.800 Dollar stagnierte – bedingt durch die Zunahme der Weltbevölkerung –, verzeichnete Deutschland nach Japan und den USA den drittstärksten Vermögenszuwachs. Dies geht aus dem im November veröffentlichten »Global Wealth Report« der Schweizer Großbank Crédit Suisse hervor.

Weltweit nahmen die Vermögen um 1,4 Prozent auf 256 Billionen Dollar zu. Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hatte es noch zweistellige Zuwachsraten gegeben. Der Vermögenszuwachs ist also zumindest abgebrems.

Club der Reichen wächst

Die Spitze der Vermögenspyramide bilden weltweit 33 Millionen Dollar-Millionäre (das sind 0,7 Prozent der Weltbevölkerung), denen insgesamt fast die Hälfte (45,6 %) der weltweiten Vermögen gehört.

Die Zahl der Dollar-Millionäre in Deutschland erhöhte sich von Mitte 2015 bis Mitte 2016 um 44.000 auf etwa 1,6 Millionen. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass sie bis 2021 um 30 Prozent auf rund 2,1 Millionen ansteigt.

Zum Club der gut 6.000 deutschen Superreichen (sog. Ultra high net worth individuals, UHNWs) gehören allerdings nur diejenigen, die ein Vermögen von mindestens 50 Millionen Dollar haben. Nur in den USA, China und Großbritannien gibt es noch mehr solcher Clubmitglieder. In Österreich gibt es 770 UHNWs, in der Schweiz sogar 2.000.

The Bottom Billion(s)

Pech hat, wer zu der »Bottom Billion«, also zur untersten Billion der (Nicht-)Vermögenden, zählt. Das sind laut Crédit Suisse Research rund 20 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Während diese in der Vergangenheit meist in

armen Ländern lebten, findet sich nunmehr eine wachsende Zahl von ihnen in den reichsten Ländern. Zudem haben immer mehr von ihnen ein negatives Vermögen – also mehr Schulden als Vermögen.

Aber auch weitere gut 50 Prozent der Weltbevölkerung gehören nicht zu den Gewinnern. 73 Prozent aller Erwachsenen besitzen weniger als 10.000 Dollar und teilen sich einen Bruchteil von 2,4 Prozent des Weltvermögens.

Während Deutschland noch gewinnt, verliert Europa als Ganzes (allerdings nur, wenn zum aktuellen Dollar-Wechselkurs gerechnet wird).

-12,7 %, Österreich: -10,0 %). Über die Dividendenzahlungen ist hiermit allerdings nichts ausgesagt.

Der Anteil der finanziellen Vermögen am Gesamtvermögen sank 2016 zum ersten Mal seit vielen Jahren. Und auch in absoluten Zahlen sank das Finanzvermögen in allen Weltregionen außer Nordamerika und dem asiatisch-pazifischen Raum, während die nicht-finanziellen Assets, darunter insbesondere Immobilienbesitz, weltweit um 3,8 Prozent zunahm. Angetrieben wurde die Vermögenszunahme in Deutschland, aber auch in anderen



Erfreulich oder nicht? »Wir« sind wieder reicher geworden!

Zu Beginn des Jahrtausends konnte Europa noch hohe Vermögenszuwächse verzeichnen, doch es verliert seit 2010. Ebenso Afrika, Indien und Lateinamerika. Das Vermögenswachstum wird hier insbesondere seit 2013 durch den erstarkenden Dollar begrenzt. China konnte solche wechsellkursbedingten Verluste verhindern.

Zusammensetzung der Vermögen

Wer glaubt, dass bei den niedrigen Zinsen nunmehr der Aktienbesitz für die Vermögenszuwächse verantwortlich ist, liegt zumindest nach dieser Studie falsch. Aktien fielen als Wachstumstreiber aus, die Marktkapitalisierung nahm hierzulande um 11,6 Prozent ab (Schweiz:

Teilen der Welt, also vor allem von steigenden Immobilienpreisen.

Doch laut der Studie sei es zu früh um zu sagen, ob dies die Zunahme der Vermögensungleichheit stoppen kann. Zuvor war es nämlich vor allem die Finanzvermögenszunahme gewesen, die den Anteil des obersten einen Prozents der Vermögenden am weltweiten Gesamtvermögen auf über 50 Prozent gehiebt hatte.

Beate Bockting

Quelle: www.credit-suisse.com/us/en/about-us/research/research-institute/publications.html

Eine zeitgemäße Grundsteuer würde Immobilienblasen verhindern

Obwohl Bürger seit langem über steigende Mieten und Immobilienpreise klagen, behaupten Politiker und auch viele Wissenschaftler, in Deutschland gäbe es einen »Nachholbedarf« bei der Immobilienpreisentwicklung. Langsam wird man nun vorsichtiger, doch von einer effektiven Bekämpfung der steigenden Bodenrenten kann keine Rede sein.

Wie die Medien im Oktober berichteten, legt sich die Bundesregierung vorsichtshalber einen Instrumentenkasten gegen eine mögliche Überhitzung des deutschen Immobilienmarktes zu. Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf sollen dahingehende Empfehlungen des deutschen Ausschusses für Finanzstabilität aus dem vergangenen Jahr umgesetzt werden. Zwar sei eine Immobilienblase derzeit noch nicht in Sicht, allerdings sollte Vorsorge für den Fall einer solchen Fehlentwicklung getroffen werden.

Das beruhigt – solange man den Instrumentenkasten noch nicht geöffnet hat. Der Blick da hinein zeigt die üblichen Beigaben der neuzeitlichen sozialen Scharlatane, deren Anwendung dem sozialen Körper mehr schaden dürfte, als dass sie ihn heilt. Es gab eine Zeit, in der von Ärzten tödliche Leiden von Individuen wie die Lepra mit einer Mixtur aus Schwal-

benkot und Klettenkraut kuriert wurden. Wir leben in einer Zeit, in der der soziale Körper mit einer Obergrenze für den Fremdfinanzierungsanteil bei einem Immobilienkauf geheilt werden soll. Ein ähnliches Instrumentarium haben im Übrigen auch die im Westen ausgebildeten Sozialärzte im heutigen China bemüht – mit gelinde gesagt nur sehr mäßigem Erfolg.

Wenn die Fremdfinanzierung begrenzt wird, bedeutet das, dass Einkommensschwächere nicht von sinkenden Hypothekenzinsen profitieren können und immer mehr vom Immobilieneigentum abgeschnitten werden. Denn die Immobilienpreise steigen nicht nur in absoluten Zahlen, sondern – was viel entscheidender ist – auch im Verhältnis zu den Einkommen. So müssen Münchner nach Berechnungen der Tageszeitung *Die Welt* mittlerweile für eine 100-Quadratmeter-Wohnung im Schnitt mehr als 15 Jahres-Nettoeinkommen zahlen, während es vor fünf Jahren nur neun

Jahreseinkommen waren. Auch in vielen anderen Großstädten sind die Preise, so berechnet, innerhalb von fünf Jahren um 20, 30 oder gar 50 Prozent gestiegen, so *Die Welt* vom 16.06.2016. Grund genug, dass manche Beobachter inzwischen von einer Überhitzung des Immobilienmarktes warnen.

»Wenn die Bodenrente nicht mehr in private Hände fließt, gibt es keine Spekulationsblase.«

Tatsächlich bewirken die niedrigen Zinsen einen unerwünschten Preisanstieg auf dem Immobilienmarkt. Statt zunehmender Kreditfinanzierung werden schon jetzt immer größere Teile der Kaufpreise mit Eigenkapital finanziert – da Geldkapital in Immobilien umgeschichtet wird, welche bei den niedrigen oder gar negativen Zinsen mehr Ertrag bringen. Weniger finanzkräftige Kaufwillige, darunter viele junge Familien, können da immer weniger mithalten. Sozial sieht anders aus!

Bodenerträge steigen

Das grundlegende Problem: Überhitzungen des Immobilienmarktes kommen nicht durch Preissteigerungen der Gebäude, sondern von Grund und Boden zustande. Die Bodenerträge stiegen aufgrund des sinkenden Zinsniveaus der letzten Jahre immer weiter an – unter den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital gab es also einen eindeutigen Gewinner. Bodenpreise ermitteln sich nun als Bodenerträge dividiert durch einen Kapitalisierungszinssatz. Wenn der Zähler aber immer weiter ansteigt und der Nenner immer weiter sinkt, gewinnt die Immobilienblase Konturen.

Ein einfaches Mittel wäre: Wegsteuerung der Bodenerträge, zumal diese sowieso der Bodeneigentümer nicht gemacht hat. Bodenerträge ergeben sich durch öffentliche Leistun-



Die Bodenerträge sind aufgrund des sinkenden Zinsniveaus der letzten Jahre immer weiter angestiegen.

gen. So sind beispielsweise die Grundstückswerte rund um den Berliner S-Bahn-Ring im letzten Jahr um 50 Prozent angezogen. Warum nicht der Öffentlichkeit zurückgeben, was die Öffentlichkeit geschaffen hat? Weil ja umgekehrt das Staatswesen irgendwie finanziert werden muss, werden stattdessen vor allem den Arbeitnehmern die Daumenschrauben angelegt. Zwischen dem Brutto- und dem Nettoeinkommen von Arbeitnehmern liegen in Deutschland Welten, hier nehmen wir eine Spitzenstellung in der OECD ein (Nr. 3 für kinderlose Alleinverdiener). Hinzu kommen noch die Mehrwertsteuer und eine Vielzahl von Verbrauchsteuern, die auch vor allem die Normalverdiener mit einer hohen Konsumquote (weil geringen Sparfähigkeit) trifft. Die dadurch bewirkte Erosion des Mittelstandes – das ist in Deutschland ein Medianeinkommen von ca. 3.100 Euro brutto! – ist der beste Weg, um den Trumps dieser Welt den roten Teppich zu bereiten.

Privatisierung öffentlich geschaffener Werte

Dennoch tanzen wir um das Goldene Kalb: Die Privatisierung von öffentlich geschaffenen Werten (Bodenrente) und umgekehrt die Sozialisierung von privat geschaffenen Werten (Steuern) ist in Deutschland sakrosankt. Die Bodenrente ist ein Residuum; sie ergibt sich, nachdem aus dem Volkseinkommen die mobilen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bezahlt wurden. Es ist ein wenig List der Vernunft, dass durch die hohe Abgabenbelastung in Deutschland die Bodenerträge so weit gedrückt werden, dass – trotz des Anstiegs in den letzten Jahren – von dieser Front bislang keine wirkliche Gefahr droht. Die geringen Bodenerträge zeigen indessen für ein Land, das im Herzen Europas liegt (und auf das ein Großteil der europäischen Infrastruktur zuläuft) keine tolle Performance an, sondern ein meisterliches Fahren mit angezogener Handbremse.

Bodensteuer nutzen, statt Symptombekämpfung

Was wäre zu tun? Ganz einfach: Die ökonomischen Renten (= unverdiente Einkommen) müssten besteuert werden, während die Abgaben auf Arbeit (und Kapital) sowie die Mehrwertsteuer abgesenkt werden könnten. Wenn die Bodenrente nicht mehr in private Hände fließt, gibt es keine Spekulationsblase. Stattdessen arbeiten die sozialen Kurpfuscher in Berlin daran, Symptome der sozialen Krankheit zu bekämpfen. Unter anderem wird an eine Grenze für die Schuldentragfähigkeit des Kreditnehmers gedacht (bezogen auf sein Einkommen). Möglich wäre zudem, dass eine Mindestrückzahlung vereinbart werden müsste – tilgungsfreie Kredite wären dann nicht mehr möglich. Hallo, freie Marktwirtschaft?! Besser wäre es, anstatt der Symptome die Ursache der sozialen Krankheit zu bekämpfen

– genannt unverdientes Einkommen oder ökonomische Rente. Gemäß dem Henry George-Theorem könnte ein Staat sogar gänzlich ohne konventionelle Steuern auskommen, wenn er sich sein Geld aus den ökonomischen Renten holt. Staaten wie Hong Kong oder Singapur gehen in diese Richtung (wenngleich in einer alles andere als perfekten Weise) – die früheren Fischerdörfer haben ihre ehemaligen Kolonialmächte in puncto Performance längst überholt.

Grundsteuerreform – aber richtig!

Doch die Chance zu einer grundlegenden und zukunftsfähigen Lösung, zum Wegsteuern der Bodenrente, wird mit der im September in den Bundesrat eingebrachten Gesetzesinitiative gründlich vertan. Die Finanzminister haben die Vorzüge der Vorschläge der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« nicht erkannt und wollen bei einer verbundenen, also auch das Gebäude umfassenden Steuer bleiben, statt zukünftig

den reinen Bodenwert zu besteuern. Alle Bemühungen sollten daran gesetzt werden, den unsinnigen Gesetzentwurf zum Scheitern zu bringen und stattdessen eine zeitgemäße Grundsteuergesetzgebung zu fordern. Mehr Informationen hierzu gibt es im Internet unter: www.grundsteuerreform.net.

Dieser Beitrag erschien in ähnlicher Form erstmals unter dem Titel »(Immobilien-)Blasenkrankheit: soziale Kurpfuscherei« in Dirk Löhrs Blog rent-grabbing.com



Dirk Lohr, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e.V., Sprecher des Center for Land Research, Steuerberater. E-Mail: d.loehr@umwelt-campus.de

Austauschanzeige

Wer sein Geld ökologisch sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.



Er liefert alle 14 Tage (per Post) aktuelle Analysen, Übersichten und Tipps zu

- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
- ca. 40 nachhaltigen Titeln im **Musterdepot**, z.B. Aktien von **Shimano** und **Umweltbank** (Kursgewinne jeweils ca. 800%)
- 25 Natur-Aktien im Index **nx-25** (+565% von 2003 bis 2015)
- 30 Solar-Aktien im Index **PPVX** (+446% von 2003 bis 2015)
- ausserbörslichen Aktien wie z.B. der **BioArt AG** oder **Öko-Test Holding AG**
- **Warnungen** vor (grün-)schwarzen Schafen.



Das **Handbuch Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 360 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro inkl. Versand mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag Schweizertalstr. 8-10/5, A-1130 Wien Tel. 0043-1-8760501 oeko-invest@teleweb.at

Land – in wessen Hand?

Kaum ein Wirtschaftsbereich der Welt ist so intransparent wie der des Grundeigentums. Seit Ausbruch der Weltfinanzkrise ist das Interesse am Boden gestiegen, handelt es sich doch um einen »soliden« Wert, der lebensnotwendige Ressourcen birgt.

Immmer öfter hört man von Landgrabbing. Investoren kaufen weltweit landwirtschaftliche Flächen auf oder sichern sich langfristige Zugriffsrechte. Dabei werden mangelnde rechtsstaatliche Standards ausgenutzt.¹ Laut einer Studie der Weltbank wurden zwischen 2008 und 2009 Landgeschäfte über eine Fläche von 56 Mill. ha Land getätigt, dies entspricht fast der Hälfte des EU-Ackerlandes.² Die Land Matrix sammelt seit 2000 weltweit Daten hierzu. Der jüngst veröffentlichte zweite Bericht dokumentiert 1.549 transnationale Landgeschäfte, an denen mindestens ein ausländischer Investor beteiligt war. Rund 1.200 Deals kamen zum vertraglichen Abschluss und umfassten eine Gesamtfläche von 42,4 Mill. ha (was der Fläche von Deutschland und Österreich entspricht). Geplant waren noch wesentlich mehr Geschäfte. 42 % aller Deals betrafen Afrika, insgesamt 10 Mill. ha, vor allem in Ostafrika und entlang der großen Flüsse. Mindestens 5 % der Ackerfläche Afrikas hat in den letzten Jahren die Besitzer gewechselt. Die zweitwichtigste Region war Osteuropa (5,1 Mill. ha). Die fünf größten Einzelziele der Investoren waren Indonesien, die Ukraine, Russland, Papua Neu Guinea und Brasilien, die zusammen auf 46 % der Flächen kommen.

Starke Investoren, schwache Opfer

Die Investoren stammen aus Malaysia, den USA, Großbritannien, Singapur und Saudi-Arabien. Doch auch westeuropäische Firmen mischen mit: neben Großbritannien kommen sie insbesondere aus den Niederlanden, Frankreich, Jersey und Zypern.

Viele der Landnahmen konzentrieren sich auf Staaten, deren Rechtsverhältnisse besonders unsicher und deren Regierungen schwach sind. Fast die Hälfte des betroffenen Landes

Die Land Matrix Initiative

Die Land Matrix ist eine weltweite unabhängige Land-Monitoring-Initiative, die großflächige Landtransaktionen dokumentiert. Mit dieser Online-Plattform kann jeder Landverkäufe auf der ganzen Welt mitverfolgen. Verschiedene große Organisationen der Entwicklungspolitik und -forschung sind an dem Projekt beteiligt. Darunter neben der International Land Coalition (ILC), zu der Institutionen wie die Weltbank und die Vereinten Nationen sowie Nichtregierungsorganisationen gehören, die Deutsche Gesellschaft für

war zuvor von lokalen Gemeinschaften bewohnt, die entweder freiwillig oder aber erzwungenermaßen ihr Land verlassen mussten. Die Informationslage hierüber ist schlecht.

Auch Oxfam beschäftigt sich mit der Thematik und analysierte zwischen 2000 und 2011 Landdeals – in drei Vierteln der untersuchten Staaten mangelte es an Mitspracherechten, Rechenschaftspflichten und Korruptionskontrolle.³

Global gesehen nutzen zwar immer noch indigene und ländliche Bevölkerungen das meiste Land, doch ihr Anteil wird geringer. Ihnen fehlen Landrechte. Nur 18 % der von ihnen genutzten Flächen sind legal abgesichert, ergab eine Studie der Rights and Resources Initiative.⁴ »Kaum ein Wirtschaftsbereich der Welt ist so intransparent wie der des Grundeigentums. An ein globales Landkataster ist auch in Zeiten von Google Maps nicht zu denken«, heißt es bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

Landkonzentration auch in Europa

Die Konzentration von Landbesitz hat in den letzten Jahrzehnten auch in Europa, insbe-



Internationale Zusammenarbeit (GIZ), das German Institute of Global and Area Studies (GIGA), das Centre for Development and Environment (CDE) der Universität Bern sowie das französische Forschungsinstitut CIRAD.

Seit Gründung der Plattform hat die Land Matrix zwei große Berichte veröffentlicht.

Weitere Informationen unter:
www.landmatrix.org

sondere Osteuropa, stark zugenommen. In der EU kontrollieren 3 % der Grundbesitzer die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen.⁵ Auch in Deutschland sind die Bodenpreise in den letzten Jahren explodiert. Allein 2015 stiegen sie für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) im Schnitt um 8,2% im Vergleich zum Vorjahr auf 19.578 Euro/ha.⁶

Fragwürdige Landnutzung

Nur 38 % der von Land Matrix registrierten Transaktionen landwirtschaftlicher Flächen sind zur Lebensmittelproduktion vorgesehen, neun Prozent zur Viehhaltung. 21 % der Fläche ist für den Anbau von Agro-Kraftstoffen gedacht, 9 % für andere Pflanzen, die nicht der menschlichen Ernährung dienen. Die restliche Nutzung war unspezifiziert, dürfte aber zum großen Teil für sogenannte Flex Crops wie Palmöl bestimmt sein, die je nach Marktlage unterschiedlich verarbeitet werden können.

Oft gilt den mit dem Land verknüpften Wasserrechten das eigentliche Interesse. Hier sind zum Beispiel Investoren aus Saudi-Arabien aktiv, wo Wasser ein knappes Gut ist.⁷

Auch der Weltagrarrat behandelte die jahrtausendealte Problematik der ungerechten Landverteilung. Er wurde unter dem Titel »Landwirtschaft am Scheideweg« 2008 vom Weltagrarrat veröffentlicht.⁸ Der Bericht fordert u.a. eine Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft und die Förderung von Kleinbauern. Diese brauchen rechtlich abgesicherten Zugang zu Boden und Wasser. Eine gerechte Verteilung ist die Basis für jede nachhaltige Entwicklung.

Beate Bocking

¹ Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft hat dankenswerterweise wichtige Informationen und Quellen zum Thema Landgrabbing: www.weltagrarrat.de/themen-des-weltagrarrats/landgrabbing.html

² siteresources.worldbank.org/INTARD/Resources/ESW_Sept7_final_final.pdf

³ www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/poor-governance-good-business-oxfam-mb070213.pdf

⁴ www.rightsandresources.org/en/publication/whownsthehand/

⁵ www.eurovia.org/IMG/pdf/Land_in_Europe.pdf

⁶ www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Baupreise/KaufwerteLandwirtschaftlicheGrundstuecke2030240157004.pdf?__blob=publicationFile

⁷ www.grain.org/article/entries/4516-squeezing-africa-dry-behind-every-land-grab-is-a-water-grab

⁸ »Agriculture at a Crossroads« in englischer Sprache: www.unep.org. Auf Deutsch werden viele Ergebnisse und Informationen rund um das Thema von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft bereitgestellt: www.weltagrarrat.de

Ökologisch, sozial und nachhaltig

Zwei Themen, die der INWO am Herzen liegen, wurden im September in Veranstaltungen behandelt. Zum einen organisierte die Stiftung für Ökologie und Demokratie in Kooperation mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft einen Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft. Zum anderen luden das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und die Monetative zu einer Diskussion über Geldsystem, Wachstumszwang und Nachhaltigkeit ein.

Unter dem Motto »Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist, wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen« fand am 12. September der diesjährige Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft statt, den Alwine Schreiber-Martens für die INWO besuchte.

Wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen ...

Insgesamt standen an diesem Tag, den die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), dem auch die INWO angehört, im Umweltbundesamt in Berlin veranstaltete, fünf Fachvorträge mit anschließender Diskussion auf dem Programm.

Den Auftakt bildete Prof. Dr. Dr. Radermacher (Global Marshall Plan Initiative, Informatik Uni Ulm) mit dem Thema »Globalisierung, Nachhaltigkeit, Zukunft – zum Potenzial der ökosozialen Agenda«. Seiner Aussage »Das Wohlstandsmodell in Deutschland ist nicht verallgemeinerbar« ist völlig zuzustimmen, nur: Wie kann es geändert werden? Sicher braucht es dazu eine Marktwirtschaft mit ökologischer und sozialer Wahrheit der Preise. Was das ist und wie das konkret erreicht werden könnte, blieb offen. Der Verweis auf die Agenda 2030 mit ihren 17 Entwicklungszielen, die vom Bundesumweltministerium und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt wird, hilft da auch nicht wirklich weiter. Es gibt bisher wenig konkrete Vorschläge. Radermacher übte deutliche Kritik an den WTO-Verträgen, die die Gleichbehandlung der Produkte ausschließlich nach ihrer Funktion fordern, aber den Prozess »von der Wiege bis zur Bahre« außer Acht lassen.

Konkreter wurde Kai Schlegelmilch, FÖS-Vorsitzender, in seinem Referat, in dem er um ein breites Bündnis für einen »Neuen Anlauf für ökologisch und sozial wahre Preise« durch finanzielle Anreize (Steuern) warb. Ein Jahr vor der Bundestagswahl sei es besonders wichtig und auch besonders erfolgversprechend, dieses Thema in allen Parteien voran-



Alwine Schreiber-Martens hat für die INWO an zwei interessanten Veranstaltungen teilgenommen.

zubringen. Er knüpfte am Vorschlag der »Flext-Steuer« auf Benzin von Sigmar Gabriel an, deren Aufkommen zumindest teilweise für »Umweltzwecke« verwendet werden soll. Eine volle Rücausschüttung lehnte Schlegelmilch ab. Allenfalls wäre dies für die unteren Einkommensgruppen denkbar. Allerdings sieht er auch das Risiko eines »Steuererhöhungsbündnisses«, das aus Sicht von Parteien, die gewählt werden wollen, wenig attraktiv erscheinen könnte. Neben den finanziellen Anreizen unterstrich er aber auch die Notwendigkeit ordnungspolitischer Maßnahmen (Ge- und Verbote).

Wie Umweltabgaben dem Wahlvolk in positiver Weise vermittelt werden können, stellte Andreas Wolfsteiner (<http://klima-retten.info/>) nachfolgend dar: Er schlägt eine CO₂-Steuer vor, deren Aufkommen als »Klimadividende« komplett gleichmäßig pro Kopf an die Bürger zurückgegeben werden soll. Wesentlich ist dabei, dass das gemäß dem Pariser Abkommen noch global zulässige CO₂-Budget in der Weise verteilt werden soll, dass

schrittweise gleiche Pro-Kopf-Emissionen weltweit erreicht werden. Dies soll durch eine stetige Anhebung des Preises aller CO₂-Emissionszertifikate erreicht werden. Dieser Vorschlag wird auch von der INWO vorgebracht, denn eine Pro-Kopf-Rückverteilung ermöglicht eine gleiche Teilhabe aller Menschen und belohnt diejenigen, die die Ressourcen schonen. Siehe dazu u.a. den INWO-Standpunkt zum Ressourcen-gestützten Grundeinkommen.

Nachfolgend stellte Dr. Josef Riegler, ehemals Vizkanzler der Republik Österreich, einige der Maßnahmen vor, die durch seine Einflussnahme in Österreich durchaus erfolgreich wirkten: Es waren Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützten. So wurden z.B. in der Viehhaltung Bestandsobergrenzen eingeführt, die leider nach Beitritt Österreichs zur EU wieder abgebaut werden mussten. »Es sind weltweit verheerende Fehlentwicklungen eingetreten«, so sein resigniertes Urteil. Diese Fehlentwicklungen stehen auch im Zusammenhang mit dem weltweiten Finanzregime, bemerkte Riegler. Außerdem brauche es eine gestärkte UNO. Frau Prof. Dr. Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn, nann-

»Eine Pro-Kopf-Rückverteilung ökologischer Abgaben ermöglicht eine gleiche Teilhabe aller Menschen und belohnt diejenigen, die die Ressourcen schonen.«

te in ihrem Vortrag »Natur als Kapital? Ökonomische Perspektiven, um die Werte der Natur bewusst zu machen« als Ausgangspunkt den »Earth Overshoot Day«, der Jahr für Jahr



Wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen würden, sähen Billigflüge nur noch so aus (100% Recyclingpapier, versteht sich).

früher liegt: 1993 noch am 21. Oktober, lag er 2016 bereits am 20. August. Ab diesem Datum verbraucht die Menschheit mehr an erneuerbaren Ressourcen, als innerhalb eines Jahres regeneriert werden. Sie verwies auf die internationale Initiative TEEB (The Economics of Ecosystems and Biodiversity), aufgrund derer immer mehr Länder nationale Strategien zur Bewertung der »Ökosystem-

**»Es sind weltweit
verheerende
Fehlentwicklungen
eingetreten.
Es braucht eine
gestärkte UNO.«**

Dienstleistungen« und zum Erhalt der Ökosysteme und Biodiversität starten. Dabei soll auch die Privatwirtschaft einbezogen werden. Sie brachte in ihrem Vortrag einige konkrete Vorschläge wie z.B. Honorierung von »gutem Handeln« oder die Bewertung, Kartierung, Wiedervermessung von Mooren als kostengünstige Maßnahmen zum Klimaschutz. Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion »Welche Schritte sind jetzt erforderlich, dass eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft entsteht?« mit Dr. Josef Riegler, Prof. Beate Jessel und Andreas Wolfsteiner sowie Kai

Schlegelmilch. Es ging mehrfach um die Rolle des Ordnungsrechts neben der Bedeutung finanzieller Anreize (Steuern). Beide Ansätze können sich gegenseitig unterstützen. So richtig dies auch ist, insgesamt blieb bei mir der Eindruck zurück: Die Versammlung war sich der Bedeutung des Geldsystems und ökonomischer Renten sowie der Rolle der Beschäftigung nicht bewusst. Trotz des Hinweises gerade von Dr. Riegler auf die Bedeutung der finanziellen Aspekte weltweit (Verschuldung, Spekulation, Privatisierung, Monopolisierung) und auch der Einbeziehung der Unternehmen in der TEEB-Initiative, wurden diese wichtigen Punkte nicht thematisiert. Auch die Bedeutung der kompletten Rückausschüttung des Aufkommens aus Ökosteuern wurde nicht gewürdigt, mit Ausnahme der Beiträge von Andreas Wolfsteiner. Da ist noch viel Raum für Aufklärungsarbeit! Daher ist es sehr wichtig, im Gespräch zu bleiben. Auch die ausdrückliche Beteiligung der INWO an der vom FÖS auf den Weg gebrachten Kampagne für ökologisch wahre Preise könnte günstig sein.

Geldsystem, Wachstumszwang und Nachhaltigkeit

Am 23. September veranstalteten das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Monetative e.V. (Verein für eine Vollgeldreform) den Fachworkshop »Geldsystem, Wachstumszwang und Nachhaltigkeit« in Berlin, zu dem auch INWO-Vertreter eingeladen waren.

In fünf Stunden war ein dichtgedrängtes Programm vorgesehen: eine Vorstellungsrunde gefolgt von sechs Kurzreferaten von je zehn Minuten mit jeweils anschließender Diskussion zwischen 35 und 60 Minuten, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause.

Nicht alle der 30 angekündigten Teilnehmenden waren gekommen, manche blieben nur sehr kurz. Ulrike Herman (taz) und Dirk Löhrr (Umwelt-campus Birkenfeld) nutzten die Gelegenheit, nach dem einführenden Referat von Markus Duscha: »Geldsystem und Nachhaltigkeit – eine Orientierung« kurz ihre Sicht der Dinge darzustellen: Markus Duscha hatte die Begriffe Geldschöpfung, Geldverteilung, Geldverwendung und Geldvernichtung benannt. Dirk Löhrr verwies auf die Parallelität von Geldvernichtung durch Kredittilgung und Abschreibung von Kapitalgütern, mithilfe derer die Tilgung finanziert wird. Diese Parallelität ist beim kreditfinanzierten Erwerb von z.B. Boden oder Unternehmensanleihen verletzt. Daher muss es zur Blasenbildung

kommen. Markus Duscha hatte den Begriff »Daten-Geld« verwendet für die Illusion, es gäbe etwas umsonst, wenn man seine Daten preisgibt (Bahn-Bonus-Punkte, andere Punkte-Systeme). Ulrike Herman verwies darauf, dass hier nicht die Daten das Geld sind, sondern die Daten zur Ware werden, mit der gehandelt wird.

In den ersten Schwerpunkt »Übt das bestehende Geldsystem einen Wachstumszwang oder Wachstumsdrang aus?« führte Sebastian Strunz (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig) mit einem Überblick über verschiedene theoretische Zugänge zum Geldsystem ein. Er gab die Zusammenfassung eines Fachartikels¹ mit der Kernaussage: Unterschiedliche Modelle sind für unterschiedliche Zwecke geeignet. Kein Modell gibt die Wirklichkeit wieder – klar, das charakterisiert ein Modell! Natürlich spielt der Zins in diesen verschiedenen Modellen eine wichtige Rolle. Nicht ein positiver Zinssatz als solcher, sondern die Verwendung des Zinseinkommens sei grundlegend für die Frage, ob ein Wachstumsdruck entsteht. Wenn Zinseinkommen vollkommen konsumiert werden, kann ein stabiler Zyklus ohne Wachstum entstehen. Allerdings sei dieses Verhalten der Gläubiger in der Realität sehr unwahrscheinlich. In der Diskussion wurde kritisiert, dass »alle Modelle als gleichwertig« dargestellt worden seien. Wenn allerdings Investition kreditfinanziert sei, dann entstehe doch ein Zwang zu Wachstum.

In seinem weiterführenden Impulsreferat verwies Andreas Siemoneit auf die bisherige Er-

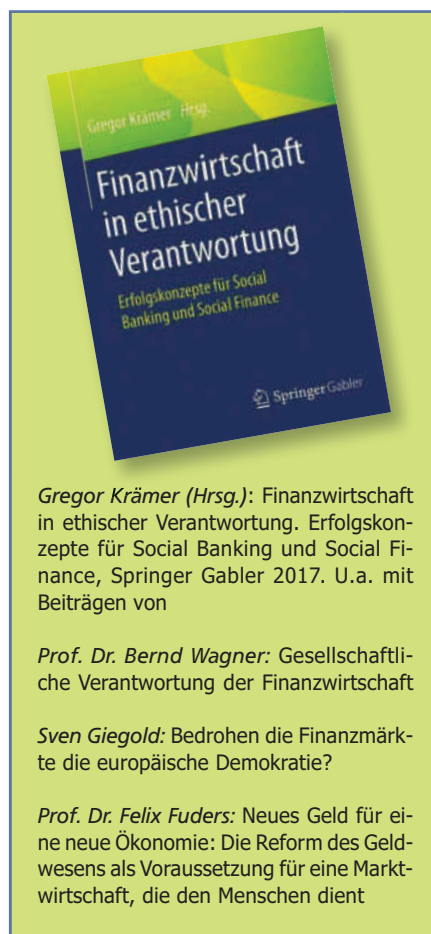
folglosigkeit des Nachhaltigkeitsdiskurses. Er glaubt, dass dies auf der großen Pluralität, auf Haupt- und Nebenursachen beruht. Er nannte einige Mechanismen für Wachstumszwänge, z.B. Schulden, Zins und Zinsseszins; Hortung bei Banken (Binswanger); unterschiedliche Gewinnbegriffe: a) buchhalterisch: wenn Gewinne entnommen werden, kann Wachstum ausbleiben und b) ökonomisch: Gewinn liegt erst dann vor, wenn über den buchhalterischen Gewinn hinaus implizite Kosten (Opportunitätskosten oder entgangene Erlöse anderer Handlungsmöglichkeiten) durch die Erlöse gedeckt sind. Das Geldsystem spielt außerdem eine entscheidende Rolle bei der Verteilung der Güter. Die kurze Zeit für die Referate führte dazu, dass ein großer Teil der Diskussionszeit zum versuchsweisen Klären von Begriffen benötigt wurde.

Nach der Mittagspause machte Dag Schulze den Auftakt zum zweiten Schwerpunkt: Soziale Nachhaltigkeit und Verteilungsdynamik des Geldes. Er zeigte mit vielen Folien, die von Helmut Creutz stammten, die soziale Problematik: Zu stark ungleiche Vermögen erzeugen einen Wachstumsdruck. »Zins setzt der Gläubiger ex ante, Rendite zeigt sich erst ex post.« – Diese Aussage unterstreicht die Unsicherheit von Unternehmensentscheidungen. Fällt die Rendite zu niedrig aus, kann Insolvenz die Folge sein, oder die Investition unterbleibt von vornherein, wenn die erwartete Rendite zu niedrig erscheint. Dag Schulze propagiert außerdem ein von ihm ent-

**»Zins setzt der
Gläubiger ex ante,
Rendite zeigt sich
erst ex post.«**

worfenes Geldmodell, das »Gleichgewichts-geld«, das aber nicht Thema seines Vortrags war.

Der dritte und letzte Schwerpunkt war ausgewählten Reformvorschlägen gewidmet. Das vorgesehene Eingangsreferat von Joseph Huber (em. Wirtschaftssoziologe in Halle) konnte dieser nicht halten, da er erkrankt war. An seiner Stelle trug es Hans-Florian Hoyer (ehemals GLS-Bank) vor. Die Kernthesen: Zins hat eine Allokations- und Verteilungswirkung. Auch Vollgeld ist zinsgelenkt. In jedem Fall muss auf eine Postwachstumswirtschaft zugesteuert werden. Vollgeld ermöglichte sta-



Gregor Krämer (Hrsg.): Finanzwirtschaft in ethischer Verantwortung. Erfolgskonzepte für Social Banking und Social Finance, Springer Gabler 2017. U.a. mit Beiträgen von

Prof. Dr. Bernd Wagner: Gesellschaftliche Verantwortung der Finanzwirtschaft

Sven Giegold: Bedrohen die Finanzmärkte die europäische Demokratie?

Prof. Dr. Felix Fuders: Neues Geld für eine neue Ökonomie: Die Reform des Geldwesens als Voraussetzung für eine Marktwirtschaft, die den Menschen dient

bile Beschäftigung und sozioökonomische Nachhaltigkeit. Wer das Geld schöpft, hat immer den Seigniorage-Vorteil. Vollgeld könne in der Krise nicht verschwinden, wie es im aktuellen Geldsystem der Fall ist. Daraus zu schließen, es könne keine ungenügende Geldversorgung der Wirtschaft geben, ist aus INWO-Sicht allerdings falsch. Leider war auch hier die Diskussionszeit viel zu kurz, um diese Thesen kritisch zu hinterfragen. Eine Kreditlenkung z.B. in ökologische Projekte oder Bildung ist jedenfalls nicht Bestandteil der Vollgeld-Idee.

Den Schlusspunkt setzte Kathrin Latsch, Geschäftsführerin der von Margrit Kennedy gegründeten MONNETA gGmbH, in einem Überblicksvortrag zu verschiedenen Geldsystem- und Finanzmarktreformen. Sie betonte, dass vielfältige Geldsysteme gerade für die Überwindung von Krisen hilfreich seien. So haben etwa Barterssysteme nach der Finanzkrise von 2007 stark zugenommen, ebenso Zeitbanken und Tauschringe. Sie erwähnte Energiewährungen sowie das WIR-System der Schweizer WIR-Bank und die JAK-Bank in Schweden. Sie schlug Bonussyste-

me für nachhaltiges Handeln in Verbindung mit Ordnungspolitik und Regulation vor, ebenso ein Verbot des Hochfrequenzhandels, Größenbegrenzungen für Banken sowie ein Trennbankensystem, ethisches Banking & Investing und Gemeinwohlökonomie. Auch hier: ein bunter Strauß von Möglichkeiten, die ja im Kleinen teilweise bereits realisiert sind – aber keine Möglichkeit einer vertiefenden Diskussion, um zu klären, wie diese Möglichkeiten im aktuellen Geldsystem, in einem Vollgeldsystem oder in einem System mit negativem Zins auf kurzfristige Bankguthaben und Bargeld behindert oder gestützt werden. Überhaupt war das geldpolitisch entscheidende Thema Negativzinsen gar nicht eingeplant – was unverständlich bleibt angesichts des Workshop-Themas. Und da die Negativzinspolitik der EZB in den Vorträgen nicht thematisiert wurde, war auch das Bargeld kein Thema. Die Beschäftigungs-Wirkung einer Belastung von Bargeld und kurzfristigen Mitteln im Zusammenhang mit dem Ressourcen- und Naturschutz wurde ebenso

**»Jeder, der glaubt,
dass unendliches
Wachstum in einer
endlichen Welt
möglich ist, ist
entweder verrückt
oder ein Ökonom.«**

**Kenneth Boulding,
Wirtschaftswissenschaftler**

wenig behandelt wie das so wichtige Thema der ökonomischen Renten.

Bemerkenswert war das Diskussionsklima, getragen von großem Wohlwollen aller Beteiligten und dem Versuch, die Aussagen und Absichten des jeweiligen Gegenübers zu klären und zu verstehen. Allerdings erneut: Es war einfach zu wenig Raum für vertiefende Diskussionen.

Ein weiterer Bericht zur Veranstaltung ist bereits auf dem Monetative-Blog erschienen.² In Kürze soll auch eine Debatte zum Thema auf dem Blog Postwachstum starten: www.postwachstum.de

Vom 4. bis 5. Februar 2017 gibt es außerdem eine weitere Möglichkeit, über dieses Thema mehr zu erfahren und darüber zu diskutieren. Die Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) bietet dann einen Workshop zum Thema Wachstumszwang an der Universität Witten/Herdecke an.³

Alwine Schreiber-Martens

¹ S. Strunz, B. Bartkowski, H. Schindler
https://www.ufz.de/export/data/global/67091_DP_05_2015_Strunzet al.pdf

² www.monetative.de/monetativeblog/workshop-bericht-geldsystem-wachstumszwang-und-nachhaltigkeit2016/10/17

³ Weitere Informationen zum Workshop sind hier zu finden: www.voee.de/veranstaltung/?event=44

Talent – wie eine **Umlaufsicherung** funktionieren kann

Die Alternativwährung Talent wurde 1993 von der INWO gegründet und wird seit 2001 von einem eigenständigen Verein geführt. Die Alternativwährung besteht also schon seit mehr als 20 Jahren und gehört somit heute zu den ältesten Alternativwährungsprojekten.

Die Währung ist nicht mit Schweizer Franken gedeckt. Jedoch entspricht ein Talent ungefähr dem Wert eines Schweizer Frankens, was jedoch Beschluss Sache der Vereinsleitung bleibt. In den ersten Jahren wurde mit Noten (Papiergeld) getauscht. Nach den Empfehlungen von Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre hatten die Noten ein Gültigkeitsdatum aufgedruckt, welches sicherstellte, dass sie bis zu einem bestimmten Termin wieder ausgegeben werden mussten. Mit diesem System wurde verhindert, dass die Noten über lange Zeit gehortet wurden.

den darf. Am Ende jedes Monats wird eine Umlaufgebühr von 0,5 % des positiven Saldos belastet. Der Kontostand nimmt dadurch stetig und konstant ab, was die Teilnehmenden zur regelmässigen Ausgabe ihres Geldes anregen soll.

Es finden jährlich mehrere Tauschmärkte statt, bei denen die Talente umgesetzt werden können. Daneben hat auch jeder Teilnehmer die Möglichkeit, auf der Vereinswebseite eigene Inserate aufzuschalten und so die eigenen Produkte oder Dienstleistungen dort anzubieten.

Leider konnte der Verein bisher kaum grössere Betriebe finden, welche die Währung als Zahlungsmittel annehmen wollten, dies etwa im Gegensatz zum Vorarlberger Talent, der Alternativwährung im benachbarten Österreich. Durch eine Clearingstelle ist es jedoch möglich, die Vorarlberger Talente zu beziehen und so das Angebot an Waren und Dienstleistungen im schweizerisch-österreichischen Grenzgebiet zu vergrössern.

Talent ist ein Experiment im Kleinen, aber die Prinzipien liessen sich auch auf das »große« Geld übertragen.

Kontakt: Verein Talent Schweiz, 5000 Aarau, Tel.: 044 586 84 53, Mail: info@talent.ch, www.talent.ch

Roland Stebler



So sah ein Talent-Schein aus den Anfangsjahren aus.

Mit dem Aufkommen des Internets wurde um die Jahrtausendwende eine vollelektronische Währung geschaffen, welche die alten Noten abgelöst hat. Heute erhält jedes Mitglied des Vereins ein Konto, das mit bis zu 500 Talenten überzogen wer-

EulachTaler **verhindert Geldabfluss** aus der Region

Am 23. September wurde der EulachTaler, eine Regionalwährung für die Region Winterthur, am »Filme für die Erde Festival« eingeführt und vorgestellt.

Der Bettlihof bei Rätterschen hat den EulachTaler, kurz ET, schon länger im Angebot: So heisst ein Käse, der dort hergestellt wird. Und so war es naheliegend, dass auf dem Häppchenbuffet anlässlich der Einführung vom Verein Living Room ein Laib EulachTaler offeriert wurde.

Am Anlass hat Jens Martignoni, Dozent für Innovationsmanagement und Geschäftsführer von Flexibles, dem Verein zur Förderung neuer Arbeitsformen, referiert. Er nannte den ET eine Komplementärwährung, die in dieser Region noch fehlte. Der Grund zur Einführung sei, das regionale Gewerbe zu stärken und dem Abfluss des Geldes regional entgegenzuwirken. Mit dem krisenanfälligen nationalen Geldsystem fliesst das Kapital aus der Region ab. Regionalgeld hingegen bleibt in der Region, und damit auch die Wertschöpfung.

Solche Komplementärwährungen gibt es schon einige in der Schweiz. Seit seiner Einführung 2014 hat sich zum Beispiel in Bern der »Bonobo« etabliert. In Basel gibt es den Netzböb seit 2006. Es machen dort inzwischen über 130 Geschäfte mit. In Genf wurde der Léman vor einem Jahr eingeführt. Im Wallis entsteht gerade ein Projekt, welches nach dem Geldfälscher Le Farinet benannt ist. Jährlich kommen neue dazu.

Für das Gewerbe vor Ort beantwortete Patrick Diggelmann, Umweltingenieur und Geschäftsführer des Umweltbildungsunternehmens insinn, Fragen und diskutierte mit den Anwesenden. Der ET soll sich regional mit der Bevölkerung und den KMUs vernetzen und letztere stärken. Er ist dem Zinssystem entzogen und deckt sich durch die Wirtschaftskraft und Leistung. Dies bedingt ein gesundes Vertrauen des Kunden in die Betriebe, die den ET anbieten und als Zahlungsmittel annehmen. Er wird wie Geld gebucht. Selbstredend können Ketten und nationale wie internationale Konzerne (Bsp. Migros, McDonalds, Post, Großbanken) nicht partizipieren.

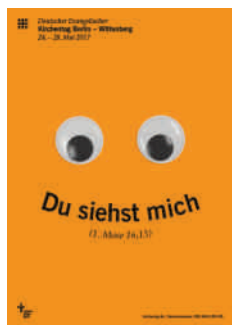
Viele kennen noch den WIR. Das ist aber nur ein Zahlungsmittel zwischen Gewerbetreibenden. Die Konsumenten sind davon ausgeschlossen. Mit den Regionalwährungen kann dagegen jeder bezahlen. Da jedoch niemand ausser die SNB Geld herstellen darf, ist der ET rechtlich ein Gutschein, dessen Gültigkeit laufend erneuert wird. Zur Zeit orientiert er sich (mit Parität) am Schweizerfranken, bei einem Zusammenbruch des Systems oder sonstiger extremer Turbulenzen bei der gesetzlichen Währung würde sein Wert aus einem repräsentativen Warenkorb errechnet. Die »ET-Gemeinde« wächst erfreulich. Welche Geschäfte mit ET handeln und weitere interessante Infos finden Sie unter: www.eulachtaler.ch

Gaby Nehme und Sabine Heusser Engel

Dieser Text erschien erstmals in ähnlicher Form im »Seemer Bote« vom November 2016.



Lust auf Kirchentag?



Der nächste Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 24.-28. Mai 2017 anlässlich des Reformationsjubiläums in Berlin und Wittenberg sowie zusätzlich als »Kirchentage auf dem Weg« in sechs Städten statt. Die rund 140.000 erwarteten Besucher können am 24. Mai 2017 zwischen Eröffnungsgottesdiensten vor dem Reichstags, dem Brandenburger Tor und am Gendarmenmarkt wählen.

Rund zwei Drittel der weiteren Veranstaltungen werden auf dem Gelände der Messe Berlin stattfinden, darunter auch der »Markt der Möglichkeiten«, an dem sich die INWO auch diesmal wieder in einem Bündnis beteiligt. Unser neuer Koordinator Bernd Cremer freut sich über weitere Aktive, die Lust haben, beim Aufbau und Abbau zu helfen und/oder in einem Team die INWO am Stand zu vertreten. Wir treffen uns am Mittwochmittag (24. Mai) auf dem Kirchentag zum Aufbau. Donnerstags und freitags betreuen wir den Stand von 10.30 – 18.30 Uhr und am Samstag (27. Mai) von 10.30 – 17.30 Uhr mit anschließendem Abbau. Auch private Übernachtungsmöglichkeiten in Berlin werden noch gesucht. Bernd Cremer ist telefonisch unter 02256-958645 oder per E-Mail unter bernd.cremer@INWO.de zu erreichen.

INWO auf Facebook



Dank Klaus Willemsen und Andreas Berner ist die INWO nicht nur durch die Medienkommentare auf unserer Homepage, sondern auch auf Facebook immer aktuell vertreten. So fanden sich hier in letzter Zeit u.a.

Informationen über die radikale Bargeldreform der indischen Regierung, über eine lokale Sozialwährung in Barcelona, oder wie hier abgebildet über die IT-Pioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, die beide in ihrer Jugend Anhänger der Freiwirtschaft waren.

Wer dieses Netzwerk nutzt, ist eingeladen vorbeizuschauen und mitzuhelfen, auch auf diesem Wege unsere Anliegen weiterzuverbreiten: facebook.com/FAIRCONOMY

Vortrag von Beate Bocking beim Deutschen Frauenring

Unter dem Motto »Negativzinsen – besser als ihr Ruf!« referierte die stellv. INWO-Vorsitzende Beate Bocking bei der Herbsttagung des Deutschen Frauenrings e.V. (DFR) am 24. Oktober im EVA-Frauenzentrum in Frankfurt am Main. Insbesondere für Frauen ist das Thema Negativzinsen von besonderem Interesse. Frauen arbeiten oft in Bereichen, die nicht im üblichen Sinne rentabel sind. Die Höhe der Zinsen bildet die Hürde für jegliche Investition. Wichtige gesellschaftliche Aufgaben, die sich in der Vergangenheit »nicht rechneten«, weil sie keinen oder nicht ausreichend Gewinn brachten, werden wirtschaftlich attraktiver, wenn die Zinsen weiter sinken.

Voraussetzung dafür ist jedoch, dass das Geld im Fluss bleibt und auch ausgegeben wird. Die INWO schlägt daher eine Bar-

Diskussion um GLS-Beitrag

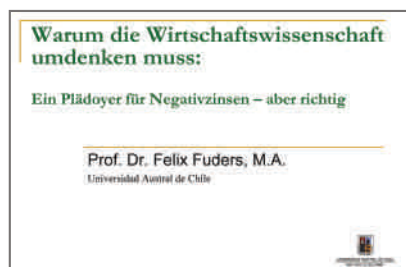
Vlado Plaga, Vorsitzender der INWO-D, und Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung werden als Genossen an der außerordentlichen Generalversammlung der GLS Bank am 10. Dezember in Bochum teilnehmen. Sie möchten sich gemeinsam mit Dirk Schumacher vom selbstorganisierten »Arbeitskreis Anträge von der Basis« für Alternativen zum geplanten pauschalen GLS-Beitrag stark machen. Zahlreiche andere GLS-Genossen, darunter auch weitere Mitglieder der INWO, unterstützen die Initiative ebenfalls.

Dirk Schumachers Antrag sieht vor, den GLS-Beitrag alternativ über eine variable Kontoführungsgebühr zu finanzieren. Technisch handelt es sich hierbei um einen solidarischen negativen Guthabenzins auf Giro- und Tagesgeldkonten, wie ihn die Alternative Bank Schweiz bereits seit einem Jahr erfolgreich praktiziert (siehe Interview S. 4 – 5). Mehr Informationen hierzu finden sich unter: gls.owako.de

Vortrag von Felix Fuders als Video

Der Vortrag, den Prof. Dr. Felix Fuders auf Einladung der INWO am 12. September in Dortmund hielt, ist nun auch als Videomitschnitt verfügbar. Professor Fuders erläuterte, wie die Wirkung der Zinsen in der Vergangenheit missverstanden wurde – mit schwerwiegenden Folgen. Die Wirtschaftswissenschaft müsse nun rasch umdenken, um den Herausforderungen der aktuellen Lage unseres Finanz- und Wirtschaftssystems gewachsen zu sein. Fuders betonte insbesondere die Rolle des Bargelds – und das in Dortmund, wo die Deutsche Bundesbank gerade eine neue Filiale baut, die die Bargeldversorgung auch in Zukunft sicherstellen soll.

Der Film ist auf der Startseite von www.INWO.de verlinkt.



Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____

Name _____

Straße _____

Postleitzahl _____

Ort _____

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____

Beruf/Tätigkeit _____

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Kenneth S. Rogoff: Der Fluch des Geldes. Warum unser Bargeld verschwinden wird. FinanzBuch Verlag, München 2016, 352 S., 24.99 €, ISBN 978-3-89879-966-9 ISBN 978-3-8288-3350-0

Rogoffs Buch ist ungemein wichtig, denn immer noch wird die entscheidende Rolle des Bargelds von vielen Menschen, darunter insbesondere studierte Ökonomen, nicht gesehen. Schon im Vorwort macht der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds jedoch deutlich, »dass die Papiergeldwährung (Bargeld) das Kernstück einiger der am schwersten zu lösenden gegenwärtigen Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft und des Bankenwesens bildet.« (S. 6)

Rogoff war bereits 1998 für eine Abschaffung der großen Geldscheine eingetreten, um Steuerhinterziehung und kriminelle Machenschaften zu erschweren, die von der Anonymität und der Null-Prozent-Rendite des Bargelds profitieren. Zur gleichen Zeit beschäftigte er sich aber auch mit der Nullzinsgrenze, dem Zero Lower Bound, denn er kommentierte Paul Krugmans berühmten Aufsatz über Japan in der Liquiditätsfalle (»It's baaack!«) und stimmte Krugman damals weitgehend zu.

In seinem neuen Buch verbindet Rogoff nun beide Themen: die Kriminalitätsbekämpfung und die Deflationsbekämpfung, die beide Maßnahmen in Bezug auf das Bargeld erfordern. Und schon in der Einleitung hebt er die besondere Bedeutung Silvio Gesells hervor: »Gesells Lösung für die Liquiditätsfalle bereite den Weg für Keynes' berühmte Schlussfolge-

rung, die Regierungsausgaben seien der Schlüssel zum ökonomischen Aufstieg aus der Weltwirtschaftskrise. Womöglich käme Keynes heutzutage zu einem völlig anderen Schluss (...). Es ist heute keinesfalls mehr unpraktikabel, negative (oder positive) Zinsen auf elektronische Währungen zu zahlen.« (S. 15) – Auch hier unterstreicht Rogoff die historische Dimension einer Bargeldlösung. Man könne sich das Papiergeld als »anonyme Null-Prozent-Anleihe« vorstellen. »So trivial das Problem auch aussehen mag, die Null-Prozent-Anleihe hat im Wesentlichen die Finanzpolitik der gesamten entwickelten Welt

behindert, und zwar für einen Großteil der acht Jahre seit der Finanzkrise von 2008.« (S. 14-15)

Sein Plan, den er in Kapitel 7 darlegt, sieht eine schrittweise Abschaffung des Bargelds vor, »beginnend mit allen 50-Dollar-Noten und höher (oder dem ausländischen Äquivalent)« (S. 126). Kleine Scheine könnten in einer späteren Phase durch Münzen ersetzt werden, so dass kleine anonyme Zahlungen auch in Zukunft möglich blieben. Die Kosten für die notwendige Bereitstellung von Guthabenkonten für Menschen mit geringem Einkommen und möglicherweise von einfachen Smartphones sollen vom Staat getragen werden. Der Wandel müsse »langsam stattfinden und sich über mindestens zehn bis fünfzehn Jahre erstrecken« (S. 124) – die Frage muss ernsthaft gestellt werden, ob uns so viel Zeit noch bleibt, um das Problem zu lösen. Rogoff versucht, Bedenken gegen die Bargeldabschaffung zu zerstreuen. So meint er zwar auch, dass Stromausfälle »einer der überzeugenderen Gründe für die Beibehaltung kleiner Scheine und Münzen« seien. Tatsächlich wäre jedoch »unstrittig die wichtigste Katastrophenschutz-Maßnahme« ein Handy, »und das gilt umso mehr, als sich Bezahlungssysteme auf die Mobiltelefone verlagern«. Mobilfunkmasten könnten mit Generatoren ausgestattet werden. (S. 146) Er macht es sich nicht zu einfach, sondern stellt auch große Fragen: »Wie kann eine Gesellschaft das Gleichgewicht schaffen zwischen dem Recht des Einzelnen auf Privatsphäre und dem sozialen Erfordernis zur Durchsetzung von Gesetzen und Vorschriften?« Dabei umfasse das Problem der Privatsphäre ja viel mehr als nur die Bargeldpolitik. (S. 17)

Alternativen zur Durchbrechung der Nullzinsgrenze diskutiert er in Kapitel 9. So etwa sieht Rogoff eine Erhöhung der Inflationserwartungen heute skeptischer als noch 1998. Neben anderen Nachteilen sei das größte Problem, dass die Glaubwürdigkeit der Notenbanken stark beschädigt würde. Rogoff warnt vor einem solchen ökonomischen »Aufruhr, der ohne Weiteres in eine Finanzkrise münden könnte«. (S. 197)

In Kapitel 10 behandelt er »Andere Wege zum Negativzins«, darunter auch den Ansatz von Robert Eisler, Willem Buiter und Miles Kimball, einen Wechselkurs zwischen Bar- und Buchgeld einzuführen, was schon der mongolische Herrscher Kublai Khan im 13. Jahrhundert zwischen Papiergeld und Silber angewendet haben soll.

Rogoff würdigt aber auch »Silvio Gesells Stempelsteuer«: »Eine zweite Idee, die vor

mehr als hundert Jahren von dem herausragenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler Silvio Gesell entwickelt wurde, ist die Zahlung kleiner periodischer Steuern auf das Bargeld, das man besitzt. Auch wenn die Idee ziemlich unpraktikabel erschien, als er sie vorschlug, wurde sie während der Weltwirtschaftskrise ausprobiert, und dank moderner Technologien gäbe es heute viel weniger mühselige Möglichkeiten, sie umzusetzen.« (S. 206) Erwähnt werden hier u.a. der Vorschlag von Marvin Goodfriend, das Bargeld mit Magnetstreifen auszustatten, und der von N. Gregory Mankiw, Seriennummern auszuwerten.

»Gesell verstand definitiv die Nullzins-Grenze beim Leitzinssatz«, so Rogoff. Doch besonders intensiv scheint auch er sich noch nicht mit Gesell beschäftigt zu haben, sonst würde er nicht behaupten, dass dieser »daran glaubte, dass vorübergehend sehr niedrige oder sogar negative Zinsen das Wachstum beflügeln könnten. Es ist ungewiss, ob Gesell das grundlegende Prinzip verstanden hatte, dass Geld auf lange Sicht neutral ist. In normalen Zeiten schraubt eine exzessive Zunahme des Geldes die Inflationserwartungen auf eine Weise nach oben, die schlussendlich auf schmerzhaft Weise in ihr Gegenteil verkehrt werden muss.«

Leider ist den meisten neu an Gesell interessierten Ökonomen gemein, dass sie einen Negativzins auf Liquidität nur als vorübergehende Notmaßnahme – und nicht als permanente Lösung des zugrundeliegenden Problems – und damit auch von Geldmengenzunahme und Inflation – betrachten. Insbesondere ist Geld nicht neutral (so aber die Lehrmeinung), es zwingt auf lange Sicht zu Wachstum und stetig wachsender Ungleichheit. Hier bleibt noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten (siehe dazu auch den Beitrag von Felix Fuders in diesem Heft).

Beate Bocking



INWO steckt an!

**Unterstützen Sie unsere Arbeit.
Werden Sie INWO-Mitglied!**

(Antrag auf S. 22)



»Der Friedensgeist ist ein Erzeugnis des Bürgerfriedens. Der Friedensgeist wird von der Umgebung ausgestrahlt, und dann von uns aufgenommen, wie man Sonnenstrahlen aufnimmt. Wenn um uns her alle Menschen in Frieden leben, dann braucht es keiner Friedenspredigten. Dann lebt der Mensch in seiner natürlichen Atmosphäre und entwickelt sich seinem Kern, seiner Natur entsprechend.



Diese Friedensatmosphäre schaffen wir durch einen gerechten sozialen Zustand, der keinerlei Vorrecht der Geburt und des Besitzes kennt, der jedem seinen vollen Arbeitsertrag sichert, wo die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr besteht.«

Aus einem Vortrag von Silvio Gesell, gehalten am 15. Dezember 1923 in Essen